

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

AUS DEM INHALT

Eberhard Stammler

Verantwortung für Deutschland

Gerhard Schröder

Deutsche Politik heute und morgen

Karl-Dietrich Erdmann

Nationale oder übernationale
Ordnung als Problem europäischer
Politik

6

JUNI 1965

13. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E

Inhaltsverzeichnis

Verantwortung für Deutschland	1
Eberhard Stammler	
Deutsche Politik heute und morgen	4
Gerhard Schröder	
Nationale oder übernationale Ordnung als Problem europäischer Politik	12
Karl-Dietrich Erdmann	
Leserbriefe	20

Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Dr. Gerhard Schröder (53 Bonn, Auswärtiges Amt, Koblenzer Straße) ist Bundesaußenminister und Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. — Professor Dr. Karl-Dietrich Erdmann (Mönkeberg bei Kiel) ist Ordinarius für Neuere Geschichte an der Universität Kiel.

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers
und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU/CSU

13. Jahrgang, Heft 6

Juni 1965

Verantwortung für Deutschland

Die 12. Bundestagung des Arbeitskreises in Bonn

Eberhard Stammler

Zum ersten Male wählte der Evangelische Arbeitskreis die Bundeshauptstadt als Versammlungsort für eine Jahrestagung. Das hatte seinen guten Grund: Er hat sich inzwischen so gefestigt, daß er es für angemessen hielt, sich nun im Zentrum der Bundespolitik zu präsentieren. Die bisherigen elf Tagungen hatten ihn durch die verschiedenen Bundesländer geführt, und im letzten Jahr hielt er die Zeit für gekommen, auch im Bereich der CSU die innere Einheit des evangelischen Parts der Union zu begründen. Die zwölfte Bundestagung konnte nun alle die bisherigen Bemühungen um die Konsolidierung der regionalen Arbeitskreise zusammenfassen und sich auf dem repräsentativen Boden der Bonner Beethovenhalle der Öffentlichkeit kundtun. Allein schon die Zahl von über dreihundert angemeldeten Journalisten weist darauf hin, mit welchen Erwartungen die Träger der öffentlichen Meinung dieser Veranstaltung entgensahen.

Unter diesem Anspruch stand auch die Wahl des diesjährigen Themas „Verantwortung für Deutschland“. Damit riskierte es der Arbeitskreis, eines der schwersten geschichtlichen und politischen Probleme aufzugreifen und es in seiner ganzen Vielschichtigkeit durchzudenken. Er war sich schon bei der Vorbereitung dessen bewußt, daß er dabei alles billige Pathos und alle gängigen Klischees vermeiden müsse und daß er sich nur in sachlicher, präziser Denkarbeit an dieses gewichtige Thema heranzuwagen könne. Darum war der innere Aufbau so gedacht, daß an den ersten beiden Tagen je ein Vortrag den theologischen (Professor Dr. Pannenberg), historischen (Professor Dr. Erdmann), politischen (Bundesaußenminister Dr. Schröder) und kulturellen (Generalsekretär Dr. Walz) Aspekt behandeln sollten. Diese Kombination hat sich als sehr glücklich erwiesen, obschon offenkundig war, daß jeder der Redner von einem eigenen Ansatz her auf das ihm gestellte Thema zuging. Das wurde besonders eindrucklich an dem ersten Abend, an dem der Theologieprofessor Dr. Pannenberg vor den eingeladenen Theologen sprach. Er hatte am Schluß seines Vortrags einige politische Thesen im Blick auf die Ostpolitik vertreten, die als seine persönliche Meinung respektiert wurden, die aber zum Teil in einem gewissen Widerspruch zur gegenwärtigen Politik der Bundesregierung standen. Der Vorsitzende des Bundesarbeitskrei-

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers
und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU/CSU

13. Jahrgang, Heft 6

Juni 1965

Verantwortung für Deutschland

Die 12. Bundestagung des Arbeitskreises in Bonn

Eberhard Stammler

Zum ersten Male wählte der Evangelische Arbeitskreis die Bundeshauptstadt als Versammlungsort für eine Jahrestagung. Das hatte seinen guten Grund: Er hat sich inzwischen so gefestigt, daß er es für angemessen hielt, sich nun im Zentrum der Bundespolitik zu präsentieren. Die bisherigen elf Tagungen hatten ihn durch die verschiedenen Bundesländer geführt, und im letzten Jahr hielt er die Zeit für gekommen, auch im Bereich der CSU die innere Einheit des evangelischen Parts der Union zu begründen. Die zwölfte Bundestagung konnte nun alle die bisherigen Bemühungen um die Konsolidierung der regionalen Arbeitskreise zusammenfassen und sich auf dem repräsentativen Boden der Bonner Beethovenhalle der Öffentlichkeit kundtun. Allein schon die Zahl von über dreihundert angemeldeten Journalisten weist darauf hin, mit welchen Erwartungen die Träger der öffentlichen Meinung dieser Veranstaltung entgegensehen.

Unter diesem Anspruch stand auch die Wahl des diesjährigen Themas „Verantwortung für Deutschland“. Damit riskierte es der Arbeitskreis, eines der schwersten geschichtlichen und politischen Probleme aufzugreifen und es in seiner ganzen Vielschichtigkeit durchzudenken. Er war sich schon bei der Vorbereitung dessen bewußt, daß er dabei alles billige Pathos und alle gängigen Klischees vermeiden müsse und daß er sich nur in sachlicher, präziser Denkarbeit an dieses gewichtige Thema heranzuwagen könne. Darum war der innere Aufbau so gedacht, daß an den ersten beiden Tagen je ein Vortrag den theologischen (Professor Dr. Pannenberg), historischen (Professor Dr. Erdmann), politischen (Bundesaußenminister Dr. Schröder) und kulturellen (Generalsekretär Dr. Walz) Aspekt behandeln sollten. Diese Kombination hat sich als sehr glücklich erwiesen, obschon offenkundig war, daß jeder der Redner von einem eigenen Ansatz her auf das ihm gestellte Thema zuing. Das wurde besonders eindrücklich an dem ersten Abend, an dem der Theologieprofessor Dr. Pannenberg vor den eingeladenen Theologen sprach. Er hatte am Schluß seines Vortrags einige politische Thesen im Blick auf die Ostpolitik vertreten, die als seine persönliche Meinung respektiert wurden, die aber zum Teil in einem gewissen Widerspruch zur gegenwärtigen Politik der Bundesregierung standen. Der Vorsitzende des Bundesarbeitskrei-

ses, Minister Dr. Schröder, stellte dazu fest, gerade dieser Vortrag zeige, daß es im Rahmen einer solchen Tagung keine Vorzensur gebe und daß hier entsprechend dem Grundgesetz volle Meinungsfreiheit herrsche.

Nicht nur der Ort und das Thema, sondern auch der Zeitpunkt der 12. Bundestagung gab ihr ein besonderes Gewicht. In mehreren Reden wurde darauf hingewiesen, daß der wohl schwerste Wahlkampf der Nachkriegszeit bevorstünde, und es konnte deshalb die Vermutung naheliegen, daß dieses Treffen ein gewisser Vorspann für das kommende Ringen sein sollte. Um so augenfälliger war es, daß die Veranstalter diesen Eindruck sehr bewußt vermeiden wollten, und in der Tat eignete sich die sachliche und differenzierte Atmosphäre der Arbeitstagung wenig für den Stil einer Propagandakampagne. Man sprach nicht nach draußen, sondern diskutierte in den eigenen Reihen mit allem Freimut unterschiedliche Meinungen und Vorstellungen.

Angesichts dieses freien Klimas war es besonders eindrucksvoll, daß es immer wieder zu spontanen Bekundungen der inneren Solidarität und Einmütigkeit kam. So stellte sich gleich zu Beginn Staatsminister a. D. Dr. Eberhard, der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der bayerischen CSU, für ein Grußwort zur Verfügung und drückte dabei mit deutlichen Worten die Verbundenheit seiner Freunde mit dem Vorsitzenden des Bundesarbeitskreises aus. Er legte Wert auf die Feststellung, daß in ihren Augen der Schrägstrich zwischen CDU und CSU nur als Bindestrich verstanden werden könne. Auch Staatsminister Grundmann, der Vorsitzende des rheinischen (und zugleich größten) Landesverbandes der Union, stellte sich in seinem Grußwort an die Seite seines Landesverbandsmitglieds Schröder.

Am stärksten aber wurde die Einheit dadurch bekundet, daß der Parteivorsitzende Dr. Adenauer ein Grußwort zugesagt hatte. Seine Krankheit verhinderte ihn allerdings am persönlichen Erscheinen, aber der Geschäftsführende Vorsitzende Dufhues verlas einen ausführlichen Brief, in dem Adenauer an die ersten Anfänge des Arbeitskreises in Siegen anknüpfte und darauf hinwies, daß der Evangelische Arbeitskreis nicht eine „Separation“ sei, sondern die gemeinsamen Zielsetzungen der evangelischen und katholischen Parteimitglieder vertrete. Dufhues gab in seiner bemerkenswerten Ansprache schon einen konkreten Beitrag zu dem Gesamtthema, in dem er sich deutlich von den Thesen der nationalen Unabhängigkeit als eines politischen Höchstwertes distanzierte und in diesem Zusammenhang die neu aufflammende Diskussion um die Nationalhymne als verhängnisvoll bezeichnete.

Der Stil und das Programm des Evangelischen Arbeitskreises wurde durch Kultusminister Professor Dr. Hahn, den Vorsitzenden der Studiengruppe, am ersten Abend dadurch treffend gekennzeichnet, daß er von der Notwendigkeit und der Chance des Dialogs sprach. Er meinte den Dialog zwischen den evangelischen Christen, die in der politischen Praxis ihre Aufgabe erfüllen, und den Männern der Kirche, die mit der Verkündigung und der Theologie befaßt sind. Das Bedürfnis nach solchen Kontakten kommt allgemein nicht nur in den regelmäßigen Gesprächen mit Repräsentanten der Kirche zum Ausdruck, sondern es zeigte sich auch augenfällig in der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises an der Bundestagung. So wurde es besonders lebhaft begrüßt, daß führende Kirchenmänner wie Bischof D. Otto Dibelius, Militärbischof D. Hermann Kunst, der rheinische Präses Professor D. Beckmann und der hessennassauische Kirchenpräsident Professor D. Dr. Sucker an den Veranstaltungen teilnahmen und daß einige hundert Pfarrer der Einladung gefolgt waren.

Am offenkundigsten trat der Dialogcharakter in dem schon traditionellen Theologengespräch des Vorabends in Erscheinung. Diesesmal war der noch junge und doch schon vielzitierte Systematiker Professor Dr. Wolfhart Pannenberg um ein Referat über „Nation und Menschheit“ gebeten worden. Seine Absicht war es, die politische Komponente der kirchlichen Botschaft zu belegen und sie durch die Verkündigung des

Reiches Gottes zu begründen. Auch heute würden dadurch die Christen vor die Frage gestellt, „welche vorläufige Gestalt christliche Hoffnung einer universellen Friedens- und Rechtsordnung unter den weltpolitischen Bedingungen der Gegenwart annehmen kann“. Für diese christliche Hoffnung sei der Universalismus, der die ganze Menschheit einschlieÙe, kennzeichnend und von dort her seien auch die demokratischen Prinzipien zu deuten. Die nationale Zusammengehörigkeit sei zwar als geschichtliche Gegebenheit zu respektieren, sie müsse aber dem Bemühen um eine übernationale Ordnung untergeordnet sein. — Obschon sich die Diskussion in der Hauptsache mit den aktuellen politischen Argumenten des Vortragenden auseinandersetzte, fand seine theologische Konzeption deutliche Zustimmung als ein fruchtbarer Beitrag zur politischen Ethik.

Der Kieler Historiker Professor Dr. Karl-Dietrich Erdmann beantwortete sein Thema „Nationale oder übernationale Ordnung als Problem europäischer Politik“ vor allem mit einer höchst interessanten Darstellung der europäischen Integrationsbemühungen in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg.

Unter dem Thema „Deutschland als geistige Aufgabe“ gab der Generalsekretär des Deutschen Evangelischen Kirchentags, Dr. Hans Hermann Walz, zunächst ein kritisches Bild von den Versuchungen, im Namen des Geistes die Idee der deutschen Nation zu überfrachten oder von den heutigen Realitäten zu isolieren. Mit einer Fülle von literarischen Hinweisen bejahte er das Recht auf Auseinandersetzung und bezog es auf das gemeinsame Geschick, das die Träger des Geistes zu verarbeiten haben. Sein brillantes Referat fand auch in der Aussprache eine starke Resonanz, zumal er dort in einer Diskussion mit Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier seinen Standort deutlich zu präzisieren wußte.

Wie zu erwarten war, wurde der Vortrag von Bundesaußenminister Dr. Schröder über „Deutsche Politik heute und morgen“ von den meisten als der Mittelpunkt empfunden. Er zeichnete die Zukunftsperspektiven der Regierungspolitik und fand damit auch in der Presse ein starkes Echo. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde es von der Öffentlichkeit registriert, daß Bundeskanzler Dr. Erhard zum Abschluß das Wort ergriff und dabei vor allem die moralische Komponente der von ihm vertretenen Politik darstellte. Auch er richtete den Blick auf die Zukunft: „Wir durchleben in den nächsten Jahren voraussichtlich ein höchst bedeutsames Stadium der deutschen Geschichte. Wir fühlen uns angesprochen von dem gleichermaßen politischen wie sittlichen Auftrag, unserem Volk zu einem neuen Pflicht- und Daseinsgefühl zu verhelfen.“ Es galt als selbstverständlich, daß aus dem Kreis der prominenten protestantischen Politiker auch Bundesverteidigungsminister Kai Uwe von Hassel um einen Beitrag zu der Tagung gebeten wurde.

Im ganzen jedenfalls stand diese 12. Bundestagung unter der befreienden Atmosphäre dieser Dialoge. Dies bewährte sich nicht nur in den Aussprachegruppen, sondern insbesondere in den Abendveranstaltungen, die neben den Theologen den Pädagogen mit einem Vortrag von Kultusminister Professor Dr. Hahn und den Ärzten mit einem Vortrag von Frau Bundesministerin Dr. Schwarzhaupt gewidmet waren. Es hatte sich als sinnvoll erwiesen, das so groß angelegte Thema „Verantwortung für Deutschland“ bis in solche konkreten Fachfragen hinein zu projizieren. So erhielt die Bonner Bundestagung trotz der herannahenden Wahlkampfsituation und trotz ihres repräsentativen Rahmens den Charakter nüchternen Besonnenheit und verantwortlicher Gesprächsbereitschaft. Wenn auch auf gemeinsame Willenskundgebungen in Form von Resolutionen verzichtet wurde, war doch zu erkennen, daß der evangelische Arbeitskreis an der gemeinsamen Verantwortung für Deutschland gewachsen ist und unter dieser Aufgabe das Erbe des deutschen Protestantismus fruchtbar zu machen versucht.

ses, Minister Dr. Schröder, stellte dazu fest, gerade dieser Vortrag zeige, daß es im Rahmen einer solchen Tagung keine Vorzensur gebe und daß hier entsprechend dem Grundgesetz volle Meinungsfreiheit herrsche.

Nicht nur der Ort und das Thema, sondern auch der Zeitpunkt der 12. Bundestagung gab ihr ein besonderes Gewicht. In mehreren Reden wurde darauf hingewiesen, daß der wohl schwerste Wahlkampf der Nachkriegszeit bevorstünde, und es konnte deshalb die Vermutung naheliegen, daß dieses Treffen ein gewisser Vorspann für das kommende Ringen sein sollte. Um so augenfälliger war es, daß die Veranstalter diesen Eindruck sehr bewußt vermeiden wollten, und in der Tat eignete sich die sachliche und differenzierte Atmosphäre der Arbeitstagung wenig für den Stil einer Propagandakampagne. Man sprach nicht nach draußen, sondern diskutierte in den eigenen Reihen mit allem Freimut unterschiedliche Meinungen und Vorstellungen.

Angesichts dieses freien Klimas war es besonders eindrucksvoll, daß es immer wieder zu spontanen Bekundungen der inneren Solidarität und Einmütigkeit kam. So stellte sich gleich zu Beginn Staatsminister a. D. Dr. Eberhard, der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der bayerischen CSU, für ein Grußwort zur Verfügung und drückte dabei mit deutlichen Worten die Verbundenheit seiner Freunde mit dem Vorsitzenden des Bundesarbeitskreises aus. Er legte Wert auf die Feststellung, daß in ihren Augen der Schrägstrich zwischen CDU und CSU nur als Bindestrich verstanden werden könne. Auch Staatsminister Grundmann, der Vorsitzende des rheinischen (und zugleich größten) Landesverbandes der Union, stellte sich in seinem Grußwort an die Seite seines Landesverbandsmitglieds Schröder.

Am stärksten aber wurde die Einheit dadurch bekundet, daß der Parteivorsitzende Dr. Adenauer ein Grußwort zugesagt hatte. Seine Krankheit verhinderte ihn allerdings am persönlichen Erscheinen, aber der Geschäftsführende Vorsitzende Dufhues verlas einen ausführlichen Brief, in dem Adenauer an die ersten Anfänge des Arbeitskreises in Siegen anknüpfte und darauf hinwies, daß der Evangelische Arbeitskreis nicht eine „Separation“ sei, sondern die gemeinsamen Zielsetzungen der evangelischen und katholischen Parteimitglieder vertrete. Dufhues gab in seiner bemerkenswerten Ansprache schon einen konkreten Beitrag zu dem Gesamtthema, in dem er sich deutlich von den Thesen der nationalen Unabhängigkeit als eines politischen Höchstwertes distanzierte und in diesem Zusammenhang die neuauflammende Diskussion um die Nationalhymne als verhängnisvoll bezeichnete.

Der Stil und das Programm des Evangelischen Arbeitskreises wurde durch Kultusminister Professor Dr. Hahn, den Vorsitzenden der Studiengruppe, am ersten Abend dadurch treffend gekennzeichnet, daß er von der Notwendigkeit und der Chance des Dialogs sprach. Er meinte den Dialog zwischen den evangelischen Christen, die in der politischen Praxis ihre Aufgabe erfüllen, und den Männern der Kirche, die mit der Verkündigung und der Theologie befaßt sind. Das Bedürfnis nach solchen Kontakten kommt allgemein nicht nur in den regelmäßigen Gesprächen mit Repräsentanten der Kirche zum Ausdruck, sondern es zeigte sich auch augenfällig in der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises an der Bundestagung. So wurde es besonders lebhaft begrüßt, daß führende Kirchenmänner wie Bischof D. Otto Dibelius, Militärbischof D. Hermann Kunst, der rheinische Präses Professor D. Beckmann und der hessennassauische Kirchenpräsident Professor D. Dr. Sucker an den Veranstaltungen teilnahmen und daß einige hundert Pfarrer der Einladung gefolgt waren.

Am offenkundigsten trat der Dialogcharakter in dem schon traditionellen Theologengespräch des Vorabends in Erscheinung. Diesesmal war der noch junge und doch schon vielzitierte Systematiker Professor Dr. Wolfhart Pannenberg um ein Referat über „Nation und Menschheit“ gebeten worden. Seine Absicht war es, die politische Komponente der kirchlichen Botschaft zu belegen und sie durch die Verkündigung des

Reiches Gottes zu begründen. Auch heute würden dadurch die Christen vor die Frage gestellt, „welche vorläufige Gestalt christliche Hoffnung einer universellen Friedens- und Rechtsordnung unter den weltpolitischen Bedingungen der Gegenwart annehmen kann“. Für diese christliche Hoffnung sei der Universalismus, der die ganze Menschheit einschlieÙe, kennzeichnend und von dort her seien auch die demokratischen Prinzipien zu deuten. Die nationale Zusammengehörigkeit sei zwar als geschichtliche Gegebenheit zu respektieren, sie müsse aber dem Bemühen um eine übernationale Ordnung untergeordnet sein. — Obschon sich die Diskussion in der Hauptsache mit den aktuellen politischen Argumenten des Vortragenden auseinandersetzte, fand seine theologische Konzeption deutliche Zustimmung als ein fruchtbarer Beitrag zur politischen Ethik.

Der Kieler Historiker Professor Dr. Karl-Dietrich Erdmann beantwortete sein Thema „Nationale oder übernationale Ordnung als Problem europäischer Politik“ vor allem mit einer höchst interessanten Darstellung der europäischen Integrationsbemühungen in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg.

Unter dem Thema „Deutschland als geistige Aufgabe“ gab der Generalsekretär des Deutschen Evangelischen Kirchentags, Dr. Hans Hermann Walz, zunächst ein kritisches Bild von den Versuchen, im Namen des Geistes die Idee der deutschen Nation zu überfrachten oder von den heutigen Realitäten zu isolieren. Mit einer Fülle von literarischen Hinweisen bejahte er das Recht auf Auseinandersetzung und bezog es auf das gemeinsame Geschick, das die Träger des Geistes zu verarbeiten haben. Sein brillantes Referat fand auch in der Aussprache eine starke Resonanz, zumal er dort in einer Diskussion mit Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier seinen Standort deutlich zu präzisieren wußte.

Wie zu erwarten war, wurde der Vortrag von Bundesaußenminister Dr. Schröder über „Deutsche Politik heute und morgen“ von den meisten als der Mittelpunkt empfunden. Er zeichnete die Zukunftsperspektiven der Regierungspolitik und fand damit auch in der Presse ein starkes Echo. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde es von der Öffentlichkeit registriert, daß Bundeskanzler Dr. Erhard zum Abschluß das Wort ergriff und dabei vor allem die moralische Komponente der von ihm vertretenen Politik darstellte. Auch er richtete den Blick auf die Zukunft: „Wir durchleben in den nächsten Jahren voraussichtlich ein höchst bedeutsames Stadium der deutschen Geschichte. Wir fühlen uns angesprochen von dem gleichermaßen politischen wie sittlichen Auftrag, unserem Volk zu einem neuen Pflicht- und Daseinsgefühl zu verhelfen.“ Es galt als selbstverständlich, daß aus dem Kreis der prominenten protestantischen Politiker auch Bundesverteidigungsminister Kai Uwe von Hassel um einen Beitrag zu der Tagung gebeten wurde.

Im ganzen jedenfalls stand diese 12. Bundestagung unter der befreienden Atmosphäre dieser Dialoge. Dies bewährte sich nicht nur in den Aussprachegruppen, sondern insbesondere in den Abendveranstaltungen, die neben den Theologen den Pädagogen mit einem Vortrag von Kultusminister Professor Dr. Hahn und den Ärzten mit einem Vortrag von Frau Bundesministerin Dr. Schwarzhaupt gewidmet waren. Es hatte sich als sinnvoll erwiesen, das so groß angelegte Thema „Verantwortung für Deutschland“ bis in solche konkreten Fachfragen hinein zu projizieren. So erhielt die Bonner Bundestagung trotz der herannahenden Wahlkampfsituation und trotz ihres repräsentativen Rahmens den Charakter nüchternen Besonnenheit und verantwortlicher Gesprächsbereitschaft. Wenn auch auf gemeinsame Willenskundgebungen in Form von Resolutionen verzichtet wurde, war doch zu erkennen, daß der evangelische Arbeitskreis an der gemeinsamen Verantwortung für Deutschland gewachsen ist und unter dieser Aufgabe das Erbe des deutschen Protestantismus fruchtbar zu machen versucht.

Deutsche Politik heute und morgen

Gerhard Schröder

2. Hauptreferat auf der 12. Jahrestagung des Arbeitskreises in Bonn

Das Thema unserer Tagung heißt „Verantwortung für Deutschland“. Und dabei ist ganz klar das ganze Deutschland und sind ganz klar alle Deutschen gemeint. Sicherlich sprechen wir darüber vom Standpunkt einer Partei aus, unserer Christlich-Demokratischen Union. Und heute sprechen wir darüber insbesondere vom Standpunkt der evangelischen Christen innerhalb der Christlich-Demokratischen Union. Damit ist der Boden bezeichnet, das geistige und ethische Fundament, von dem aus wir unsere Verantwortung für Deutschland wahrnehmen wollen. Hier sind in diesen Tagen Menschen zusammen, in erster Linie evangelische Christen, aktive politische Persönlichkeiten, die sich viele Fragen stellen. Was können wir für unser Land tun? Was ist unser Auftrag? Haben wir unserem eigenen Anspruch an uns selbst bisher genügt? Was können wir besser machen? Was müssen wir besser machen? War und ist unsere Beurteilung, unsere Analyse der Lage richtig? Sind unsere Ziele richtig gesteckt? Haben wir Absichtsstehende überzeugt und gewonnen? Was können wir tun, sie zu gewinnen? Wie können wir den Appell zur Verantwortung besser zu Gehör bringen?

Diese Tagung findet wenige Monate vor der großen Wahlentscheidung des 19. September statt. Wir wollen und werden keiner der gestellten Fragen ausweichen. Wir wollen diesen Wahlkampf, der vielleicht einer der schwersten seit 1949, sicher aber der für unsere Partei entscheidende sein wird, gewinnen. Dafür brauchen wir eine tiefe, ausstrahlende Überzeugung von unserem Auftrag, dafür brauchen wir das festgegründete Zutrauen in die Richtigkeit unseres Wegs und dafür brauchen wir schließlich nicht etwa nur den Schein, sondern die Wirklichkeit einer engen Verbundenheit im Kampf um den politischen Führungsauftrag der Wählerschaft. Das Mandat geht an den einzelnen und an die Partei. Es werden Personen und Listen gewählt. Politische Gestaltungsmacht hängt aber letztlich von der Geschlossenheit der Partei ab. Und so soll diese Tagung sowohl Besinnung als auch Geschlossenheit der CDU fördern. Das braucht sie, um am 19. September erfolgreich zu bestehen.

Ich will über „Deutsche Politik heute und morgen“ sprechen. Das „Heute“ liegt zwischen gestern und morgen. Das „Gestern“ sind im Blickfeld dieser Tage vor allem die letzten zwanzig Jahre. Wir und die Welt haben gerade in diesen Maiwochen auf das Jahr 1945 zurückgeblickt. Zwanzig Jahre sind seitdem vergangen, und das ist kein beliebiger Zeitabschnitt. Jeweils nach zwanzig Jahren wächst eine neue Generation heran, die nicht von den Erlebnissen der Väter und Mütter geprägt wurde. Sie wächst in die Politik hinein, und sie beginnt mit zu bestimmen.

Ganz offensichtlich stehen wir heute in einer Übergangsphase. Wir haben den Weg freizulegen für eine Generation, die den Nationalsozialismus und den Krieg nicht mit vollem Bewußtsein erlebt hat, eine Generation, der

niemand eine Schuld an dem Unrecht zuschreiben kann, das damals begangen wurde. Heute leben in der Bundesrepublik Deutschland rund 30 Millionen Menschen, die nach dem 1. Januar 1930 geboren sind. Die ältesten von ihnen waren also bei Kriegsende knapp 15 Jahre alt. Das sind 52%, über die Hälfte unserer Bevölkerung.

Wenn wir uns heute um die gesellschaftliche Ordnung für diese Generation bemühen, dann müssen wir uns an neuen, weitgesteckten Zielen orientieren. Wir müssen dabei die Aufgaben berücksichtigen, die sich — soweit wir das sehen können — im Laufe der nächsten zwanzig Jahre in Politik, Wirtschaft, Technik und Wissenschaft stellen werden.

Weltpolitik im Übergang

Übergangszeiten wie die unsere sind stets kritische Perioden. Die Politik der vergangenen Epoche war gekennzeichnet durch den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den westlichen Verbündeten und dem Sowjetblock. Dieser Gegensatz besteht noch immer, aber die Konturen beginnen hier und da sich zu verändern. Der Zusammenhalt der Blöcke hat sich gelockert; das kommunistische Lager, das sich früher stolz auf seine monolithische Einheit berief, ist heute zutiefst gespalten.

In Ostasien steigt die Volksrepublik China empor. Sie wird vielleicht am Ende der nächsten Epoche den Rang einer Weltmacht besitzen. Die chinesischen Führer machen kein Hehl daraus, daß sie noch radikaler und bedenkenloser als ihre sowjetischen Rivalen, Revolution und Bürgerkrieg in anderen Ländern führen und der Welt ihr System, ein radikal kommunistisches, aufzuzwingen wollen.

In Asien und Afrika wird es voraussichtlich zu weiteren Spannungen und Unruhen kommen. Die Einordnung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft und die politische Gemeinschaft der Nationen ist eine Aufgabe, die nur in gemeinsamer Anstrengung aller freien Industriestaaten erreicht werden kann. Nach zwanzig Jahren wird die Erde eine Milliarde mehr Menschen ernähren müssen als heute.

Mit besonderer Aufgeschlossenheit und großer Aufmerksamkeit haben wir Deutschen in diesen Tagen auf die Stimmen gehört, die von draußen zu uns gedrungen sind. Aus zwei Gründen: Einmal, um zu erfahren, wie die Welt heute zu uns steht, nachdem die Kanonen in Europa seit zwanzig Jahren schweigen. Zum anderen, um zu erkennen, wie es mit dem Willen und der Möglichkeit steht, die entscheidenden Zukunftsaufgaben gemeinsam anzupacken und zu lösen. Hier verdient die große Rede hervorgehoben zu werden, die der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika zum 20. Jahrestag des Kriegsendes an Europa gehalten hat. Er hat unter den Aufgaben, die unser gemeinsam harren, sechs hervorgehoben:

- Die langsame Erosion des Eisernen Vorhangs zu beschleunigen durch den Brückenschlag zwischen Nationen Osteuropas und des Westens,
- die Arbeit für die Wiedervereinigung Deutschlands, bei der die Vereinigten Staaten zur vollen Mitwirkung bereit sind,
- die Notwendigkeit größerer europäischer Integration und eines freieren Warenaustauschs über den Atlantik,
- gemeinsame Wege bei der Hilfe für die Entwicklungsländer,
- wirksame Formen der gemeinsamen Verteidigung, insbesondere der gemeinsamen Nuklearverteidigung,
- und schließlich das Suchen nach einer Verständigung mit der Sowjetunion.

Das ist ein Aufgabenkatalog, den wir durchaus unterschreiben, und bei dem wir unsere volle Mitwirkung zusagen können. Der Präsident beschwört die Amerikaner und die Europäer zu geloben, daß wir die Irrtümer, die uns ins Verhängnis geführt haben, niemals wiederholen werden. Amerika dürfe sich niemals in die stolze Isolation begeben, Europa niemals mehr in Haß auseinanderfallen. „Es genügt jedoch nicht, frühere Fehler zu vermeiden. Wir müssen an den neuen Errungenschaften unserer Zukunft bauen: Ein Europa, das in seinem Streben, in seiner Hoffnung und in seinem Wesen eins ist und das über den Atlantik bis zu jener Zivilisation reicht, welche es hervorgebracht und gelehrt hat und die Europa heute in gemeinsamer Zuversicht begrüßt.“ Aber bevor wir den Platz beschreiben, den Deutschland bei diesen Aufgaben und in dieser kommenden Welt haben soll, lassen Sie uns gemeinsam für einen Augenblick zurückblicken auf den Weg, den wir Deutsche nach 1945 gegangen sind und auch die Lage, in der wir uns zur Zeit befinden.

Bilanz der letzten zwanzig Jahre

Ich brauche das Bild unseres Landes im Jahre der Kapitulation nicht noch einmal zu beschwören. Presse, Fernsehen und Rundfunk haben es uns in den vergangenen Wochen wieder eindringlich vor Augen geführt: Die materiellen Zerstörungen, Hunger und Not der Bevölkerung; ein geschlagenes Volk, von der Welt verachtet und gehaßt, bestenfalls bemitleidet, politisch und geistig desorientiert.

So begannen wir unseren Weg vor zwanzig Jahren. Aber die Zeit der völligen Hoffnungslosigkeit und totaler Apathie währte nicht lange. Winston Churchill in Zürich, der amerikanische Außenminister Byrnes in seiner Stuttgarter Rede und nicht zuletzt der französische Ministerpräsident Robert Schumann gaben uns damals bald die Hoffnung, daß wir nicht der Paria der Nationen bleiben würden. 1948 setzte uns die amerikanische Marshallplan-Hilfe instand, mit dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu beginnen.

Die Spaltung Deutschlands aber blieb. Während der freie Teil unseres Landes sich von den Folgen des Krieges überraschend schnell erholte, hemmte in der Sowjetzone ein fremdes Regime den Aufstieg trotz der Tüchtigkeit der Bevölkerung.

Was hat nun die Bundesrepublik Deutschland seit dem ersten Jahr ihres Bestehens bis heute geleistet? Die Bilanz hat positive, aber auch negative Posten. Beginnen wir mit den positiven, die nach meiner Meinung das weitaus größere Gewicht haben.

Deutschland nimmt heute wieder einen geachteten Platz unter den Nationen ein. Es hat wesentlich zur Gründung und Arbeit der europäischen Gemeinschaften beigetragen. Wir haben für den Westen und die Freiheit optiert und zur Verteidigung dieser Freiheit zwölf Divisionen aufgestellt, die wir der NATO unterstellt haben.

Unser wirtschaftlicher Aufstieg hat alle Erwartungen übertroffen. Das Brutto-Sozialprodukt ist von 98 Milliarden DM im Jahre 1950 auf 413 Milliarden DM im Jahre 1964 angestiegen, der Index der industriellen Produktion von 100 im Jahre 1950 auf 283 im vergangenen Jahr. Die Nahrungsmittelproduktion hat sich im gleichen Zeitraum von 13 auf über 27 Milliarden DM erhöht. Unseren Anteil am Weltaußenhandel konnten wir von 4,1% im Jahre 1950 auf über 10% im Jahre 1964 steigern. Seit 1949 haben wir 8 1/2 Millionen Wohnungen gebaut.

Bei uns herrscht keine Arbeitslosigkeit mehr, sondern Mangel an Arbeitskräften. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 14 Millionen im Jahre 1950 auf über 21 Millionen im vergangenen Jahr.

Nach der Volkszählung des Jahres 1961 leben in der Bundesrepublik 9 Millionen Vertriebene und 3 Millionen Flüchtlinge aus der Sowjetzone und dem Sowjetsektor Berlins. Das sind über 21% unserer gesamten Bevölkerung. Sie sind im wesentlichen in unsere Wirtschaft eingegliedert.

Was die Steigerung des Reallohns anlangt, so liegt die Bundesrepublik Deutschland an der Spitze der wichtigsten Industrieländer, weit vor Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Kurz: wir sind ein wohlhabendes Volk geworden.

Die Bundesregierung hat dafür gesorgt, daß der Wohlstand nicht etwa nur einer Schicht zugute kommt. Von den 8,5 Millionen Wohnungen, die nach 1949 fertiggestellt wurden, fallen 4,3 Millionen, also über die Hälfte, in das Programm des sozialen Wohnungsbaus. Eine der größten Leistungen war es, die Kriegslasten gerecht zu verteilen. Für den Lastenausgleich wurden bis zum Jahre 1964 über 52 Milliarden DM ausgezahlt. Die gesamten Sozialleistungen sind von 1950 bis 1964 um 373 Prozent gestiegen.

Noch eine Zahl will ich in diesem Zusammenhang nennen: Die Bundesrepublik Deutschland allein hat von 1956 bis 1963 den Entwicklungsländern tatsächliche Wirtschaftshilfe in Höhe von 11,5 Milliarden DM geleistet. Das ist zweieinhalbmal soviel wie die Entwicklungshilfe der Sowjetunion und 75% mehr als die des gesamten kommunistischen Blocks.

Das alles sind imposante Zahlen. Dahinter verbirgt sich eine Leistung, die wir nicht so gering schätzen sollten, wie das wohl heute gelegentlich geschieht. Gewiß, es gibt unerfreuliche Rand- und Nebenerscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung — ich werde darauf noch zu sprechen kommen — aber so viel ist sicher, ohne die Intelligenz, ohne den Fleiß und die Disziplin unseres

Volkes, wäre dieser wirtschaftliche Aufstieg nicht möglich gewesen.

Dazu kommt ein weiteres: Der wirtschaftliche Wiederaufbau und die Bewältigung der großen sozialen Umschichtung in unserem Volke sind zugleich eine politische Leistung. Sie konnten nur gelingen, weil sie von einer stabilen politischen Ordnung und einem klaren politischen Willen getragen waren. Das deutsche Volk hat sich für Freiheit und Demokratie entschieden. Und zwar das gesamte deutsche Volk. Drei Millionen Deutsche haben Heimat und alle Habe in der Sowjetzone zurückgelassen und für das Leben mit uns optiert. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß sich unsere Landsleute, die in der Zone geblieben sind, ebenfalls mit überwältigender Mehrheit für Freiheit und Demokratie entscheiden würden, wenn man sie nur wählen ließe. In ihrem Freiheitswillen, der Reife ihres politischen Bewußtseins, stehen sie den Bürgern der Bundesrepublik nicht nach. In ihrer Bereitschaft, für die Freiheit Opfer zu bringen, übertreffen sie uns. Angesichts der Diktatur, unter der sie seit Jahrzehnten leben müssen, scheint mir das eine bemerkenswerte Tatsache.

Das sind, wenn ich recht sehe, positive Seiten der zurückliegenden Jahre. Aber die Erfolge dürfen uns nicht zu Selbstzufriedenheit und Hochmut verleiten. Nicht alles bei uns ist zum besten bestellt: Unser Verhältnis zu unserer eigenen Geschichte ist noch immer tief gestört. Die Hypothek der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft lastet weiterhin auf uns. Wir alle haben das in den letzten Wochen und Monaten deutlich gespürt. Ich will hier nur an die sogenannte Verjährungsdebatte und an die Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel erinnern. Aber ein Volk kann auf die Dauer nicht ohne ein ungezwungenes Selbstverständnis seiner Vergangenheit leben. Es ist die Voraussetzung für ein natürliches Selbstbewußtsein, das frei ist von Überheblichkeit, Schwanken und Unsicherheit. Darum müssen wir uns nicht nur mit den dunkelsten und schwärzesten Kapiteln unserer Geschichte auseinandersetzen, sondern unsere ganze Geschichte in uns aufnehmen. Wir wollen nichts beschönigen, wir wollen nichts vertuschen. Wir müssen uns mit dem Mut zur Wahrheit, aber auch mit einem Gefühl für Würde und Anstand das ganze Bild unserer Vergangenheit vor Augen führen. Vielen unserer Mitbürger fehlt immer noch ein gefestigtes Staatsbewußtsein. Nach 1945 stand der Wiederaufbau der zerstörten materiellen Werte im Vordergrund. Nicht wenige waren geneigt, in Staat und Regierung eine Organisation zu sehen, die immer neue Leistungen für die Wohlfahrt des einzelnen zu erbringen habe. Man identifizierte sich nicht mit dem neuen Staat. Man beschränkte sich darauf, Forderungen an ihn zu stellen, seine Gesetze zu befolgen, aber man fühlte sich nicht zu mehr verpflichtet.

Diese skeptische Distanz vom Staat hat sich in den letzten Jahren etwas verringert. Gleichwohl bleibt noch viel zu tun. Der einzelne muß seine Verantwortung für das Gemeinwohl erkennen. Es muß ihm bewußt werden, daß seinen Rechten auch Pflichten gegenüber der Gemeinschaft entsprechen. Nur so kann allmählich eine breite, den Staat tragende Schicht entstehen.

Diese den Staat tragende und führende Schicht muß sich vor allen dadurch auszeichnen, daß sie das richtige Maß kennt und anwendet. Das richtige Maß zu finden und das richtige Maß zu lehren, ist eine schwere Aufgabe, vor allem in einem Volk, dem man gelegentlich den Hang zur Maßlosigkeit nachgesagt hat. Wir brauchen eine Politik, die mit den Füßen fest auf dem Boden steht. Eine Politik, die sich nicht zu groß macht, aber sich auch keinesfalls kleiner macht, als es uns zukommt. Wir brauchen keine heftigen Ausschläge des Pendels nach oben und nach unten, sondern wir brauchen einen stabilen, klaren und ausgewogenen Kurs. Ein unaufdringliches, natürliches Selbstbewußtsein, das sich auf richtige Maßstäbe stützt, muß unsere politischen Handlungen kennzeichnen. Staatsbesuche, wie der der britischen Königin, können ein Prüfstein für das politische Verhalten und Bewußtsein einer Bevölkerung sein. Ich möchte meinen, daß man ohne Übertreibung sagen kann, daß sich die Deutschen in diesen Tagen in einer guten Mischung von natürlicher Spontaneität, Würde und Herzlichkeit gezeigt haben.

Zu den wesentlichen, ja entscheidenden Aufgaben unserer Generation gehört die Förderung von Bildung und Wissenschaft. Auf diesem Gebiet ist noch sehr vieles zu tun, wenn wir unsere Stellung als moderne und dynamische Industrienation behaupten wollen und wenn das Ansehen der deutschen Geisteswissenschaften erhalten bleiben soll. In dem heraufkommenden Zeitalter der Automation brauchen wir mehr Wissenschaftler und Techniker, als wir derzeit an unseren Hochschulen ausbilden können. Und von jedem einzelnen werden umfassendere Kenntnisse verlangt werden. Darum müssen wir in Deutschland in Zukunft noch größere Anstrengungen unternehmen.

Klare Grundvorstellungen

Deutsche Politik, vor allem aber auch deutsche Außenpolitik, bedarf einer festen Grundvorstellung über die moderne Welt, über ihre innere und über ihre äußere Struktur und über die Rolle, die Deutschland in ihr spielen soll. Ohne diese Orientierung würde unsere Politik zur reinen Opportunitätspolitik. Eine solche aber müßte scheitern, weil sie nach innen nicht integrierend wirken kann, nach außen aber kein Vertrauen zu erwecken vermöchte.

Die Grundvorstellung, von der wir uns leiten lassen, muß langfristig gültig sein. Sie kann nicht alle paar Jahre ausgewechselt werden, wie wir es schon erlebt haben. Diese Grundvorstellung muß den historischen Voraussetzungen religiöser, kultureller, gesellschaftlicher Art entsprechen. Wir würden töricht handeln, wenn wir glaubten, alles neu machen zu können. Wir können uns von den Voraussetzungen unserer Geschichte nicht lösen, aber wir verhielten uns nicht weniger töricht, wenn wir nicht von der Freiheit, die unserem Handeln in reichem Maße gelassen wird, richtigen Gebrauch machten, wenn wir die Lösungen der Generationen vor uns, die unter anderen Gegebenheiten gefunden wurden, einfach auf die Gegenwart und Zukunft übertragen wollten.

Deutschland in der westlichen Gemeinschaft

Zu den Voraussetzungen unseres Daseins, auch unseres politischen Daseins, gehört, daß wir Teil der abendländischen Völkergesellschaft sind. Das Abendland hat sich als historische Form, getragen von romanischen, germanischen und slawischen Völkern durch die Jahrhunderte entwickelt. Es hat über den europäischen Bereich hinaus auf andere Erdteile dieses Planeten hinübergreifen. Die politischen Formen, die sich dort entwickelt haben, z. B. in Nordamerika, haben das gleiche Fundament. Der Phantasie seiner Völker, ihrem Arbeitswillen und ihrer Rationalität verdankt die Welt die moderne Technik, ohne die die wachsende Erdbevölkerung nicht ernährt werden könnte. Aber wir sollen niemals vergessen, daß dieses Abendland nicht nur durch eine gemeinsame Geschichte, sondern vor allem durch den gemeinsamen Glauben geformt wurde. Dem gemeinsamen Glauben entstammen weitgehend, bewußt oder unbewußt, die gemeinsamen Wertvorstellungen, eine gemeinsame Art des Sichverhaltens. Ohne diese Wertvorstellungen wäre die Gesellschaft, aus der jene technischen Leistungen entstanden sind, nicht möglich gewesen. Rationalität schafft vielleicht Technik und Wirtschaft, niemals aber die Erkenntnis von der Würde des Menschen und von seinen Pflichten, von seinem Anspruch auf Freiheit, schafft niemals die Voraussetzungen, ohne die Menschen eine menschenwürdige Gesellschaft nicht aufbauen können.

Die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre zeigt, daß Deutschland von der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit überzeugt und gewillt ist, seinen Anteil dazu beizutragen. Dabei steht nicht etwa ein deutsches Anlehnungsbedürfnis im Vordergrund, sondern die Überzeugung von der Notwendigkeit, daß nur durch internationale Zusammenarbeit die Aufgaben unseres Jahrhunderts gelöst werden können, die vor allem durch die gewaltige Entwicklung der Technik charakterisiert sind. Ebenso wie für andere Länder bedeutet für uns internationale Zusammenarbeit aber auch Sicherheit und die Möglichkeit weiterer Entwicklung. Dabei stellt sich aber für uns ein einzigartiges Problem, nämlich das der Teilung unseres Landes. Ich brauche hier nicht erst des längeren zu begründen, warum die Überwindung der Teilung Deutschlands, die Wiederherstellung unseres Vaterlandes die Aufgabe Nummer eins der deutschen Politik ist. Diese Aufgabe hat unser ganzes Denken und unsere ganze Politik zu durchdringen. Sie begleitet uns in alle Pakte, Bündnisse und Gemeinschaften. Niemand kann die deutsche Politik verstehen, der sich nicht klar macht, daß sie Politik in einem geteilten Land und für das ganze Land ist. Das besondere an dieser Teilung unseres Landes ist dies, daß in der SBZ mit Gewalt eine Ideologie etabliert und installiert ist, die — wie wir ohne jede Übertreibung feststellen können — bei freier Entscheidung der Bevölkerung offenbar nur die Ideologie einer Minderheit sein kann. Wir haben die Überwindung der Teilung unseres Landes zu unserer Hauptaufgabe gemacht, ohne Rücksicht darauf, ob die Aussichten auf Lösung dieser Aufgabe kurzfristig oder langfristig sind. Wir sind uns darüber klar, daß dies in allererster Linie eine deutsche Aufgabe, eine nationale

Aufgabe ist. Es ist aber in unseren Augen nicht nur eine nationale Aufgabe, sondern eine Aufgabe, die weit über das Interesse der Deutschen hinausgeht. Das gilt ganz besonders im Blick auf unsere Hauptverbündeten, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich. Sie haben sich verpflichtet, mit uns für die Erfüllung dieser Aufgabe einzustehen.

Wir haben uns um das Ziel der Wiedervereinigung unseres Volkes mit allen Kräften bemüht. Es war nicht unsere Schuld, auch nicht die Schuld unserer Alliierten, denen wir zu ihrer mannigfachen Bemühung um die deutsche Einheit, für die Risiken, die sie auf sich genommen haben, und für die Standhaftigkeit, mit der sie die Freiheit Westberlins gegen alle Anschläge verteidigt haben, aufrichtigen Dank schulden.

Deutschland und die Sowjetunion

Unsere Bemühungen um die Wiedervereinigung sind nicht aus Mangel an Verständigungsbereitschaft des Westens ergebnislos geblieben. Wir haben zusammen mit unseren Verbündeten zahlreiche Vorschläge gemacht. Bisher sind alle Vorschläge an dem Willen der Sowjetunion gescheitert, ihr Herrschaftsgebiet in Mitteleuropa in seiner jetzigen Ausdehnung zu behaupten und über den Willen der Bevölkerung einfach hinwegzugehen.

Diese harte, unnachgiebige und doktrinäre Haltung der Sowjetunion ist bis heute unverändert geblieben. Die zeitweiligen Entspannungsbemühungen Moskaus haben die deutsche Frage und Berlin immer ausgeklammert.

Eine Regierung ist danach zu beurteilen, wie sie mit den Menschen umgeht, was sie aus den Staatsbürgern macht und was sie mit ihnen tut, ob das Volk selber besser oder schlechter wird unter ihrem Einfluß und ob ihre Leistung für das Volk und durch das Volk gut oder schlecht ist. Regieren heißt zugleich einen großen Einfluß ausüben auf die geistige Haltung der Menschen und eine Reihe von Maßnahmen treffen für das öffentliche Interesse; ein günstiger Einfluß auf die geistige Haltung ist überwiegend indirekt, aber darum nicht weniger lebenswichtig, ein ungünstiger kann sich auch direkt auswirken.

J. St. Mill, Betrachtungen über das Repräsentationsprinzip

Dennoch beschuldigt uns die kommunistische Propaganda, unsere Forderung nach Wiedervereinigung störe die Entspannung im West-Ost-Verhältnis. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Auch wir wünschen aufrichtig eine Entspannung, und wir haben das mit der Unterzeichnung des Moskauer Teststop-Abkommens bewiesen. Aber die Entspannung darf nicht an der Oberfläche bleiben. Das Verhältnis zwischen dem freien Westen und den Ländern des sowjetischen Herrschaftsbereichs wird sich erst dann grundlegend ändern, wenn die Kernfragen gelöst sind und offenes Unrecht beseitigt ist. Wir

wünschen deshalb nicht weniger Entspannung, sondern mehr echte Entspannung. Wir wünschen eine tiefgreifende Entspannung, die den leidgeprüften Völkern Europas nicht nur Beruhigung, sondern einen dauerhaften Frieden und eine gerechte Lebensordnung bringt. Die deutsche Teilung ist auch heute noch — zwanzig Jahre nach Kriegsende — ein widernatürlicher Zustand. Man wende dagegen nicht ein, ein deutscher Gesamtstaat habe in der Vergangenheit doch nur für relativ kurze Zeit bestanden und was heute vor sich gehe, sei der alte deutsche Partikularismus — nur eben unter modernen ideologischen Vorzeichen. Wer so denkt, verkennt die Wirklichkeit unserer geschichtlichen Situation. Das deutsche Volk ist im 19. Jahrhundert zu einer modernen Nation zusammengewachsen. Es hat den technischen Aufstieg, die wirtschaftliche Expansion und das Streben nach Weltgeltung gemeinsam erlebt, die Opfer der Weltkriege gemeinsam erlitten. Es ist so zu einer unauflösbaren Gemeinschaft geworden, die auch im Wandel der Zeit eine lebendige Wirklichkeit geblieben ist. Eine solche Gemeinschaft läßt sich nicht einfach durch das machtpolitische Interesse anderer Staaten aufheben. Was wir heute fordern, ist nicht eine Erweiterung unseres Territoriums, sondern die Wiederherstellung der freien Lebensgemeinschaft aller Deutschen. Das ist die moralische Grundlage unseres Anspruchs auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechts.

Sie alle wissen, daß die Durchsetzung dieses Rechts auf große Widerstände stößt. Manchen erscheinen sie unüberwindlich. Viele sind skeptisch geworden und resignieren. Doch wir sollten nicht vergessen, worauf ich schon eingangs hingewiesen habe: Die scheinbar so starre Welt der Machtblöcke ist in Bewegung geraten. Wir wissen nicht, wohin diese Entwicklung führen wird. Aber ich möchte die Frage stellen: Warum soll die Teilung Deutschlands eine unabänderliche Tatsache in einer sich wandelnden Welt sein? Wir wollen die Wiedervereinigung, alle Deutschen wollen die Wiedervereinigung, und darüber hinaus müssen wir bereit sein und sind wir bereit, für dieses Ziel Opfer zu bringen.

Es ist möglich, daß wir bis zu diesem Ziel noch einen langen Weg zu gehen haben. Dennoch: Niemand ist in der Lage, den Ablauf geschichtlicher Vorgänge mit Sicherheit vorzusagen. Das, was von uns gefordert wird, ist die Fähigkeit, eine Politik zu betreiben und — wenn Sie so wollen — zu ertragen, die einen langen Atem verlangt. Aber gleichzeitig müssen wir stets bereit sein, auch jene Veränderungen zu unseren Gunsten und für unser Ziel zu benutzen, die sich kurzfristig, d. h. schneller als wir es uns heute vorzustellen vermögen, ergeben können.

Unser gesamtdeutscher Anspruch

Wir erheben den Anspruch auf Alleinvertretung Deutschlands. Wir haben an diesem Anspruch trotz mancher Kritik festgehalten, und wir werden das auch weiterhin tun. Denn nur der kann für das deutsche Volk zu sprechen berechtigt sein, der das historisch gewachsene Recht der Deutschen auf ein gemeinsames Leben in Freiheit bejaht. Wir werden diesem Grundsatz auch in Zukunft internationale Geltung verschaffen, mit allem

Nachdruck und mit den Mitteln, die der jeweiligen Situation angepaßt sind.

Natürlich wissen wir, daß uns die Behauptung des Alleinvertretungsanspruchs nicht schon die Wiedervereinigung bringt. Aber die Durchsetzung dieses Anspruchs wahrt unser Recht auf Selbstbestimmung. Wir bekräftigen damit, daß nicht die Machthaber von Pankow, sondern daß allein die Sowjetregierung über Unfreiheit oder Selbstbestimmung in der Zone entscheidet. Denn die Sowjetregierung trägt gemeinsam mit den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Verantwortung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Wir können die vier Siegermächte, die 1945 die höchste Gewalt in Deutschland übernahmen, nicht aus dieser ihrer Verantwortung entlassen. Denn die Teilung Deutschlands ist kein regionales Problem; sie ist Teil der großen und umfassenden Ost-West-Auseinandersetzung, zugleich eine Quelle weltpolitischer Spannungen. Darum brauchen wir den Rückhalt bei unseren Verbündeten. Wir brauchen insbesondere die Unterstützung der stärksten Macht der freien Welt, ohne die Friede und Gerechtigkeit in Europa nicht wiederhergestellt werden können. Deswegen wiegt das Gewicht der Vereinigten Staaten in dieser europäischen Waagschale außerordentlich schwer.

Wir sind uns in diesem entscheidenden Ziel der deutschen Außenpolitik mit unseren Freunden und Verbündeten, vor allem den Amerikanern, Briten und Franzosen, einig. Präsident Johnson hat dies in seiner Botschaft zum Tage der deutschen Souveränität, zum 5. Mai, noch einmal ausdrücklich bekräftigt. Er hat darin unterstrichen, daß die Sache des Friedens eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit erfordert. Das sind klare Worte, die wir dankbar anerkennen. Auch die britische Königin hat bei ihrem Staatsbesuch in diesen Tagen mit warmen und verständnisvollen Worten unser Streben nach einer friedlichen Wiedervereinigung unterstützt. Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um ihr solange sie in Deutschland ist, dafür noch einmal den Dank des deutschen Volkes auszusprechen.

Was können wir tun?

Wir werden uns immer wieder fragen, was wir heute tun können, nachdem bereits zwanzig Jahre vergangen sind, um dem Ziel der Wiedervereinigung zu dienen. Ich sehe dabei vor allem zwei Aufgaben:

1. Wir dürfen in unserer Forderung nach Freiheit und Selbstbestimmung nicht nachlassen. Wir müssen die Sowjetunion und auch unsere Verbündeten immer wieder darauf hinweisen, daß die Wiedervereinigung eine rechtliche und moralische Verbindlichkeit der Siegermächte ist. Niemand in der Welt darf Grund zu der Annahme erhalten, wir betrachteten die kommunistische Diktatur in der Zone als endgültig.
2. Wir müssen ferner die Gemeinsamkeit unseres Volkes über den Stacheldraht und über die Mauer hinweg erhalten und pflegen. Ein Auseinanderleben der Deutschen in Ost und West muß mit allen Mitteln verhindert werden. Wir müssen die Hoffnung bei uns und unseren

Landsleuten in der Zone aufrechterhalten, auch wenn wir heute nicht sehen können, wann und wie die Wiedervereinigung Wirklichkeit werden wird.

Und deswegen richte ich von hier aus ein herzliches Wort an unsere Landsleute in der Zone: Ich möchte Ihnen zunächst allen die Versicherung geben, daß das, was ich gerade dargelegt habe, nicht die Fassade der deutschen Politik, sondern daß dies der Ausdruck der deutschen Politik selbst ist. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir mit den Gedanken und mit dem Herzen bei Ihnen sind. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir Ihre Standhaftigkeit und Ihre Leistungen bewundern und daß wir auf Sie als unsere Landsleute stolz sind. Ich möchte Sie bitten, an allem, was uns gemeinsam ist, festzuhalten. Ich möchte Sie bitten, nie die Hoffnung aufzugeben.

Die europäische Einigung

So wie die Wiedervereinigung das Thema Nummer Eins unserer gesamten Politik war, so ist das Thema der europäischen Entwicklung die große konstruktive Leistung der letzten Jahre. Die Zielsetzung der europäischen Einigung ist für uns niemals ein Ersatz für die Wiedervereinigung gewesen. Das wäre eine falsche und verhängnisvolle Sicht. Zwischen einer übernationalen Ordnung Europas und unserem Anspruch auf nationale Einheit besteht kein Widerspruch. Unsere Deutschlandpolitik ist keine nationalistische Politik im Stil des 19. Jahrhunderts. Ich sage es hier ganz klar: Wir streben nicht nach einer Vormachtstellung im Herzen Europas. Die deutsche Politik beruht auf anderen Grundlagen. Ich sehe in der Wiedervereinigung die Voraussetzung für die innere Gesundung des deutschen Volkes, eines Volkes, das nicht geteilt, sondern vereint am freien Zusammenschluß der europäischen Völker teilnehmen will.

Im Westen hat die Politik der europäischen Einigung große und sichtbare Erfolge gebracht. In weiten Kreisen der Bevölkerung hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die alte Ordnung Europas den Erfordernissen unserer Zeit nicht mehr genügt. Die wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Probleme, denen wir uns heute gegenübersehen, sind von einer solchen Größenordnung, daß kein europäischer Staat sie noch allein bewältigen könnte. Nur als wirtschaftlicher Großraum wird Europa in der Welt konkurrenzfähig bleiben. Aber auch im politischen und strategischen Bereich ist das nicht anders: Wenn die Europäer ein Mitspracherecht in der Welt behaupten wollen, dann müssen neue Formen der Zusammenarbeit gefunden werden. In der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den anderen europäischen Gemeinschaften ist damit ein entscheidender Anfang gesetzt worden. Schneller, als wir noch bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge vor acht Jahren erwarten durften, hat der wirtschaftliche Integrationsprozeß seine eigene Dynamik entwickelt. Auf dem Wege zur Zollunion haben wir gewichtige Fortschritte gemacht und die Probleme der Wirtschaftsunion werden jetzt ernsthaft in Angriff genommen. Im Zuge ihrer Entwicklung werden wir bald zu einer gemeinsamen Außenhandelspolitik kommen. Das ist in sich schon ein eminent wichtiger politischer Vorgang.

Dennoch sollten wir eines deutlich sehen: die wirtschaftliche Integration führt nicht automatisch zu einer poli-

tischen Einigung, und die großen Probleme, vor denen wir heute in Brüssel stehen, können nur mit einem politischen Willen bewältigt werden. Das europäische Einigungswerk ist an einem entscheidenden Punkt angelangt. Wenn es nicht stagnieren soll, dann müssen alle beteiligten Staaten bereit sein, ihre nationalen Sonderinteressen den Gemeinschaftsinteressen unterzuordnen.

Wie schnell wir diese Wendemarke in der europäischen Politik der Nachkriegszeit passieren können, wissen wir nicht. Die Hindernisse, die sich uns entgegenstellen, sind groß. Es ist ziemlich sicher, daß die Antriebskräfte für die europäische Einigung nachgelassen haben. Aber wir dürfen uns nicht entmutigen lassen. Die europäische Einigung ist heute ebenso vernünftig, drängend und berechtigt wie in den fünfziger Jahren.

Aus dieser Überzeugung heraus hat die Bundesregierung im vergangenen Herbst ihren Partnern in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft neue Europa-Vorschläge unterbreitet. Wir sind dabei nicht dogmatisch vorgegangen. Wir haben bewußt darauf verzichtet, einen fertigen Vertrag für eine politische Union vorzulegen. Wir haben uns vielmehr darauf beschränkt zu zeigen, wie die Zusammenarbeit im Bereich der Politik, der Verteidigung und der Kultur in Gang gebracht werden könnte. Wenn diese Vorschläge angenommen würden, so wäre das ein erster Schritt zu einer allmählichen Harmonisierung unserer Auffassungen.

Grundgedanken unserer Europa-Politik

Welche Gestalt ein vereinigtes Europa schließlich haben wird, wissen wir heute nicht. Dennoch möchte ich Ihnen sagen, von welchen Grundgedanken wir uns in den kommenden Verhandlungen leiten lassen werden:

1. Wir halten an dem Ziel fest, dem neuen Europa eine demokratische und föderative Verfassung zu geben. Wir wünschen schon heute eine Stärkung des Europäischen Parlaments und begrüßen deshalb grundsätzlich die Vorschläge, die die Europäische Kommission im Zusammenhang mit den Agrarverhandlungen gemacht hat.
2. Die Eigenart und Vielfalt der europäischen Nationen muß erhalten bleiben. Sie ist auch heute noch eine lebendige Wirklichkeit. Niemand will sie auslöschen, aber die Verbundenheit mit dem eigenen Vaterland schließt nicht aus, daß wir uns gleichzeitig zu einer europäischen Zusammengehörigkeit bekennen.
3. Kein Mitgliedstaat darf eine beherrschende Stellung einnehmen. Das neue Europa kann nur aus freien und gleichberechtigten Gliedern bestehen.
4. Europa muß zu einer gemeinsamen Außen-, Verteidigungs- und Kulturpolitik gelangen. Die dafür nötige Harmonisierung unserer Auffassungen kann auf die Dauer nicht allein durch Konsultationen sichergestellt werden. Meinungsverschiedenheiten sind in jeder demokratischen Ordnung unvermeidlich und berechtigt. Auch in solchen Fällen muß aber gewährleistet sein, daß Europa mit einer Stimme sprechen kann. Darum glauben wir, daß auch im politischen Bereich eine Übertragung von Souveränitätsrechten notwendig ist.
5. Das Werk der heute schon bestehenden Gemeinschaften sollte ungestört vollendet werden, so wie es in

...europäischen Einigung, und wir sind uns bewusst, daß das europäische Einigungswerk ohne diese Zusammenarbeit keine Zukunft hätte. Gewiß bestehen über den Weg zu dem vereinigten Europa, über seine Zusammensetzung, seine Aufgaben und Möglichkeiten, seine Vertiefung und seine Rolle in einer schändlichen Einigkeit zwischen uns noch Meinungsverschiedenheiten, die wir nicht bagatelisieren sollen. Aber Meinungsverschiedenheiten lassen sich auch unter Freunden nicht vermeiden. Wir sollten sie daher auch nicht dramatisieren. Wenn beide Seiten Verständnis für die Lage und die berechtigten Interessen des anderen zeigen, wenn sie den Blick auf das gemeinsame Ziel Europa gerichtet halten, dann sollte eine Einigung möglich sein. Wir werden uns jedenfalls nach Kräften darum bemühen. Für uns ist die Ausweitung der deutschen und des französischen Volkes ein koordiniertes Ziel, das wir ver-

...politischen Lage nicht unberücksichtigt gelassen. Wenn Sie dann Ihre Kraft und Ihre Flexibilität bewähren werden, dann müssen eine Reihe schwieriger Probleme gelöst werden. Dazu gehört, daß Deutschland in wirksamer Weise in das nukleare Abschreckungspotential des Westens einbezogen wird. Dafür hat sich vor allem die führende Nuklearmacht, die USA, klar ausgesprochen. Sicher gibt es für diese Frage keine Patentlösung. Wir sind daher bereit, jeden konstruktiven Vorschlag sorgfältig zu prüfen.

Diese Haltung bedeutet keinen Widerspruch zu dem uns alle besuchenden Wunsch, die Spannungen in der Welt abzubauen. Wie ich schon sagte, haben wir mit der Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens einen Beitrag zur Entspannung geleistet. Wir werden auch weiterhin mitwirken, die Voraussetzungen für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen zu schaffen.

Hier berühre ich einen Punkt, der uns gerade als Christen in besonderer Weise angeht: nämlich die Verantwortung für den Frieden. Im Zeitalter der nuklearen Vernichtungswaffen kann es für uns keinen Zweifel geben, daß die Erhaltung des Weltfriedens das oberste

den Verträgen vorgesehen ist. Die Verschmelzung der Gemeinschaften, die heute in ihren Befugnissen und ihrer Struktur noch voneinander abweichen, sollte beschleunigt werden.

6. Das neue Europa muß anderen europäischen Staaten offenstehen, die bereit sind, die gleichen Pflichten zu übernehmen. Das gilt in erster Linie für Großbritannien und die anderen Mitglieder der EFTA; aber das gilt in einer fernerer Zukunft auch für die osteuropäischen Länder, soweit sie sich unserer Kultur und unseren Lebensformen verbunden fühlen.

Gewiß ist: Vernunft darf nicht voraussetzen, daß sie die Welt regiert; wohl aber, daß sie selbst sein und mit nicht einzuschränkender Kraft ihres Vermögens wirken soll. Sie weiß sich in der Welt, aber nicht als Herrscher der Welt. Vernunft kann dann nicht mehr das letzte Wort sein, wenn sie an der Übermacht der Widervernunft scheitert.

Karl Jaspers, Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, München 1958

7. Das neue Europa soll das Atlantische Bündnis nicht ersetzen, sondern stärken. Es muß in enger und freundschaftlicher Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten verbunden sein.

Diese Ziele können nur in langer, zäher und geduldiger Arbeit verwirklicht werden. Wir dürfen die Schwierigkeiten und Hindernisse nicht unterschätzen, denn das Beharrungsvermögen der alten historischen Formen in Europa ist größer als wir es nach dem Erlebnis der Katastrophe von 1945 geglaubt haben mögen. Vielleicht sind Rückschläge unvermeidlich. Aber wir werden nur weiterkommen, wenn wir das Ziel dieser großen Bewegung des 20. Jahrhunderts fest und unbeirrt im Auge behalten.

Deutschland und Frankreich

Auf unserem Weg zu einem vereinten Europa kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung zu. Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ist ein Pfeiler der europäischen Einigung, und wir sind uns bewußt, daß das europäische Einigungswerk ohne diese Zusammenarbeit keine Zukunft hätte. Gewiß bestehen über den Weg zu dem vereinigten Europa, über seine Zusammensetzung, seine Aufgaben und Möglichkeiten, seine Verteidigung und seine Rolle in einer atlantischen Gemeinschaft zwischen uns noch Meinungsverschiedenheiten, die wir nicht bagatellisieren sollen. Aber Meinungsverschiedenheiten lassen sich auch unter Freunden nicht vermeiden. Wir sollten sie daher auch nicht dramatisieren. Wenn beide Seiten Verständnis für die Lage und die berechtigten Interessen des anderen zeigen, wenn sie den Blick auf das gemeinsame Ziel Europa gerichtet halten, dann sollte eine Einigung möglich sein. Wir werden uns jedenfalls nach Kräften darum bemühen. Für uns ist die Aussöhnung des deutschen und des französischen Volkes ein kostbares Gut, das wir vor

jeglichem Schaden bewahren wollen und das nach unserer festen Überzeugung diese Epoche überdauern wird.

Unsere Osteuropapolitik

Im Blick auf unsere Osteuropapolitik möchte ich die Grundsätze wiederholen, die ich bereits vor drei Jahren auf dem Bundesparteitag der CDU ausgesprochen habe und die damals noch keineswegs zum allgemeinen Sprachgebrauch gehörten:

„Wir verfolgen weder heute noch morgen eine Revanchepolitik und eine restaurative Politik. Unsere Politik ist nicht rückwärts sondern vorwärts gewandt. Durch unsere Mitarbeit an der Neuordnung Westeuropas haben wir bereits gezeigt, daß wir über das Vorkriegseuropa hinaussehen. Die politische, wirtschaftliche und technische Entwicklung ist weiter fortgeschritten. Von ihr müssen wir ausgehen. Unser Ziel ist eine gerechte, auf friedlichen Vereinbarungen beruhende, neue europäische Ordnung, in der alle Völker frei und als gute Nachbarn miteinander leben. Auch die Völker des Warschauer Pakts gehören zu Europa.“

Heute können wir Sätze wie diese weithin hören. Ich begrüße das. Ich unterschätze die Schwierigkeiten keineswegs. Aber im deutschen wie im europäischen Interesse müssen wir den eingeschlagenen Weg weitergehen. Wir werden uns darum bemühen, auf westlicher Seite zu einem Höchstmaß an Übereinstimmung und Zusammenarbeit gerade auch hier zu kommen.

Das Atlantische Bündnis

Ein Kernstück unserer Politik ist die Beteiligung am Atlantischen Bündnis. Wir blicken in diesem Jahr auf eine 10jährige Mitgliedschaft in der NATO zurück. In diesem Jahrzehnt war die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten die Grundlage unserer Sicherheit und Freiheit. Und das wird so bleiben. Wir sind überzeugt, daß wir auch in Zukunft die Allianz brauchen werden, so wie sie uns braucht.

Freilich ist die NATO von den Veränderungen der weltpolitischen Lage nicht unberührt geblieben. Wenn die Allianz ihre Kraft und ihre Vitalität bewahren soll, dann müssen eine Reihe schwieriger Probleme gelöst werden. Dazu gehört, daß Deutschland in wirksamer Weise in das nukleare Abschreckungspotential des Westens einbezogen wird. Dafür hat sich vor allem die führende Nuklearmacht, die USA, klar ausgesprochen. Sicher gibt es für diese Frage keine Patentlösung. Wir sind daher bereit, jeden konstruktiven Vorschlag sorgfältig zu prüfen.

Diese Haltung bedeutet keinen Widerspruch zu dem uns alle beselenden Wunsch, die Spannungen in der Welt abzubauen. Wie ich schon sagte, haben wir mit der Unterzeichnung des Teststop-Abkommens einen Beitrag zur Entspannung geleistet. Wir werden auch weiterhin mitwirken, die Voraussetzungen für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen zu schaffen.

Hier berühre ich einen Punkt, der uns gerade als Christen in besonderer Weise angeht: nämlich die Verantwortung für den Frieden. Im Zeitalter der nuklearen Vernichtungswaffen kann es für uns keinen Zweifel geben, daß die Erhaltung des Weltfriedens das oberste

Ziel jeder verantwortungsbewußten Politik ist. Kein vernünftiger Mensch kann heute noch den Krieg wollen, bei dem vielleicht durch eine Kettenreaktion tatsächlich die ganze Menschheit vernichtet würde.

Aber die Gefahren sind nach wie vor groß. Die Welt, in der wir leben, steckt voller revolutionärer und gewalttätiger Entwicklungen. Viele alte Krisenherde sind nicht beseitigt. Und schließlich wissen wir, daß sich auch kleinere Zwischenfälle durch Steigerung von Stufe zu Stufe zu schweren atomaren Konflikten ausweiten können. Die Kuba-Krise ist nicht vergessen. Sie hat der Weltöffentlichkeit atemberaubend vor Augen geführt, wie eine Konfrontation der beiden nuklearen Weltmächte die Welt an den Rand des Abgrunds führen kann.

Solange diese Gefahren fortbestehen, dürfen wir in den Bemühungen zur Sicherheit unserer eigenen Existenz nicht nachlassen. Darum nehmen wir mit unserem gesamten Potential am Atlantischen Bündnis teil. Aber die Sicherung der Freiheit durch militärische Stärke genügt allein nicht. Der äußere Schutz muß von innerer Festigkeit und vom Vertrauen unseres Volkes auf die Gültigkeit unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung getragen sein. Nur so können wir hoffen, daß eines Tages auch der Kommunismus sein Interesse an einer dauerhaften Friedensordnung erkennt.

Deutsche Nahostpolitik

Auf einen Schauplatz unserer außenpolitischen Aktivität möchte ich einen kurzen Blick werfen, weil dieser Schauplatz in den letzten Wochen und Monaten eine lebhaft öffentliche Reaktion hervorgerufen hat: den Nahen Osten. Es ist viel davon die Rede gewesen, wir hätten uns hier von Präsident Nasser erpressen lassen — und zwar zur Einstellung unserer geheimen schenkweisen Waffenlieferungen an Israel. Nun, dazu kann ich nur sagen, daß das nicht zutrifft, sondern daß aus grundsätzlichen Erwägungen die Absicht der Einstellung aller Waffenlieferungen in Spannungsgebiete längere Zeit vor dem Ulbricht-Besuch in Kairo und vor der drohenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kairo und Pankow feststand. Hier handelt es sich um durchaus freie, wohlüberlegte Handlungen unserer Politik, die leider in eine Verkettung von Umständen hineingerieten, die es geradezu unmöglich machten, den wahren Sachverhalt gegenüber einer Springflut von Vorurteil, Voreingenommenheit, andersgeartetem Interesse und einer wahren Diffamierungslust zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Diese erschreckende Springflut ist gegangen wie gekommen. Wir haben diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen; zehn arabische Staaten haben daraufhin ihre diplomatischen Beziehungen zu uns abgebrochen. Wir arbeiten daran, im ganzen Nahostraum wieder zu einer Normalisierung zu kommen. Wertvolle Anknüpfungspunkte dafür sind gegeben. Die Notwendigkeit dazu liegt auf der Hand. Denn jeder Raum, in dem unsere diplomatische Aktivität ausfällt, bietet sich als lockendes Ziel Pankower Bestrebungen, denen wir im gesamtdeutschen Interesse nicht gleichgültig zusehen können.

Unsere innenpolitische Lage

Ich muß davon absehen, die außenpolitische Tour d'horizon allzu sehr auszudehnen. Es erscheint mir

wichtiger, auf die innenpolitische Szenerie zurückzukehren und hier einige Präzisierungen anzubringen. Die Bildungspolitik und die Gesundheitspolitik der künftigen Zeit werden an anderer Stelle unserer Tagung von hervorragenden Sachkennern behandelt werden. Die Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik werden wir bei anderer Gelegenheit behandeln. Die große praktische Aufgabe, vor der wir stehen, ist die Erhaltung einer gesunden Wirtschaft als der Basis einer sich festigenden und ausgestaltenden Gesellschaft. Die Spielregeln, innerhalb der die einzelnen Gruppen in unserem Volk — oft etwas zu allgemein als Interessenten bezeichnet — miteinander um ihren Anteil am Brutto-sozialprodukt ringen, müssen natürlich mit dem immer übergeordneten Allgemeininteresse vereinbar sein, und die Einhaltung dieser Spielregeln unterliegt der öffentlichen Verantwortung. Angesichts der überragenden Bedeutung, die den öffentlichen Ausgaben (und den vorausgegangenen öffentlichen Einnahmen!) zukommt, möchte ich aus den parlamentarischen Erfahrungen der letzten Jahre den Schluß ziehen, daß die Ausgabenverantwortung der Regierung gestärkt werden muß, daß wir also — ähnlich wie in England — dazu übergehen sollten, das Parlament nur über solche Ausgaben beschließen zu lassen, die von der Regierung vorgeschlagen sind. In England sind die Aufgabenstellungen klar ab-

Echte Frömmigkeit bildet für das individuelle Gewissen eine Autorität, die Staat und Gemeinschaft davor bewahrt, Zweck des menschlichen Daseins, ein Götze also zu werden. Mit dem Grundsatz: „Wir müssen Gott mehr gehorchen als den Menschen“ stellt sich der Glaube gegen jegliche Tyrannei. Vergleichlicherweise entwickelt aber die Frömmigkeit ihren eigenen Götzendienst, indem sie eine all zu simple Verbindung zwischen dem göttlichen Willen und den menschlichen Zielen herstellt. Im Gegensatz zu der auf beiden Seiten herrschenden Auffassung, daß das schlechte Ergebnis von der anderen Seite stamme und das Gute eine typische Frucht der eigenen Weltanschauung sei, kann der Geist der Toleranz wie sein Gegenteil, der Fanatismus, dem religiösen Glauben ebenso wie der aufgeblähten Vernunft entsprungen sein. Für den Frommen ist es ebenso schwer, wohlütig, wie für den Rationalisten, vernünftig zu sein. Beides hängt davon ab, in welchem Maße sich der einzelne seiner begrenzten Fähigkeit, die Wahrheit zu erkennen, bewußt ist.

Reinhold Niebuhr, Frömmigkeit und Säkularisation, Gütersloh 1962

gegenzt. Aufgabe der Regierung ist es, zu regieren und damit Initiative zu entfalten. Aufgabe des Parlaments, diese Regierungsarbeit zu kontrollieren. Kein Abgeordneter kann einen Gesetzentwurf einbringen, der zu einer Erhöhung der öffentlichen Ausgaben führt. Dieses Recht steht allein der Regierung zu. Es ist nicht einzusehen, weshalb das, was in England mit seiner jahrhundertalten demokratischen Tradition von keinem Abgeordneten als eine unzulässige Beeinträchtigung seiner parlamentarischen Rechte aufgefaßt wird, in

Nationale oder übernationale Ordnung als Problem europäischer Politik

Karl-Dietrich Erdmann

1. Hauptreferat auf der 12. Jahrestagung des Arbeitskreises in Bonn

In der geschichtlichen Überlieferung unseres Volkes stehen mit gleichem inneren Gewicht die nationale und die übernationale Staatsidee. Im Unterschied zu den westeuropäischen Völkern, die schon früh dazu gelangten, ihren gesamten Nationsbestand staatlich zu einen und um den Mittelpunkt einer Hauptstadt zu gruppieren — Paris, London, Madrid —, ist der Raum der deutschen Geschichte weiter als der Raum der politischen Nation. Seit sich die universale Ordnung des Mittelalters in das neuzeitliche System souveräner Staaten umbildete, hat die deutsche Geschichte zwei Brennpunkte: Berlin und Wien. Berlin, die Hauptstadt des preußischen Staates, der der Träger einer im kleindeutschen Sinne begrenzten nationalstaatlichen Einigung wurde. Wien, die Hauptstadt des österreichischen Deutschtums, das die entscheidende gestaltende Kraft war in dem viele Völker übergreifenden Herrschaftsbereich der Donaumonarchie. Um die österreichische Krone lag noch der Schimmer der alten universalen Kaiseridee. Sie reichte mit ihren Wurzeln zurück in die vorrevolutionäre Periode der europäischen Geschichte, die noch keine Nationen im eigentlichen Wortsinne gekannt hatte. Die Bewußtwerdung der europäischen Nationen andererseits war ein revolutionärer Vorgang. Ihre charakteristischen Träger waren die britischen Vorkämpfer für die Parliamentsherrschaft gegen die Krone, waren die französischen Jakobiner und waren in Deutschland die Männer der Paulskirche, die in der Revolution des Jahres 1848 den Versuch machten, gegen den fürstlichen Partikularismus ein nationales

Reich zu schaffen. Die Bismarcksche Reichsgründung wäre nicht möglich gewesen ohne die Bundesgenossenschaft der Nationalbewegung. In die Reichsverfassung von 1871 war daher ein auf dem demokratischen Wahlrecht der 48er Revolution beruhender Reichstag eingebaut. In einem Punkt unterschied Bismarck sich allerdings fundamental von den ursprünglich großdeutschen Plänen der Paulskirche: Er wußte um die Grenzen der möglichen Nationsbildung, und er sah den Weiterbestand des übernationalen Österreich neben dem deutschen Reich als notwendig an für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im europäischen Mächtesystem und damit für den europäischen Frieden. Aber er wußte nur zu gut, wie sehr dieses ehrwürdige Habsburger Reich als Relikt der vorrevolutionären und pränationalen Zeit von innen her gefährdet war. „Staatsbildungen dauernd revolutionärer Natur“, so hat er in warnender Vorausschau erklärt, „müßten an die Stelle Österreichs treten, wenn das Habsburger Reich zugrundegehe“.

Das Ende des alten Österreich

Es war in der Tat ein Vorgang, der sich mit geschichtlicher Notwendigkeit vollzog, daß die Völker des Habsburger Reiches, die Deutschen und Tschechen und Polen nicht weniger als die Italiener, Magyaren, Slowenen und Kroaten von der nationalen Idee ergriffen wurden, die von Westeuropa in den Osten und Südosten vorstieß und in unserem Jahrhundert mit unverminderter Wucht über die Grenzen Europas hinausgriff.

Deutschland nicht Vorbild für eine ähnliche Selbstbeschränkung des Parlaments sein sollte.

Gewiß ist die Regierung ebenso wie das Parlament selbst dem Druck der sogenannten Interessenten ausgesetzt. Sie kann diesem Druck jedoch leichter widerstehen, wenn sie nicht zu befürchten braucht, im Parlament gegenteilige Beschlüsse zu bekommen. Der Einwand, daß die Regierung sich eben auf ihre Mehrheit verlassen müsse, zieht nicht, weil trotz größten Loyalitätswillens auf Seiten dieser Mehrheit es eben doch eine parlamentarische Konkurrenz für angeblich publikumswirksame Ausgaben gibt. Verzeihen Sie, wenn ich gerade diesen Gesichtspunkt — vielleicht etwas überraschend — hier herausstelle. Ich bin jedoch überzeugt, daß er zu den notwendigen Säulen verantwortlicher und erfolgreicher Regierungsführung gehört.

Ich kehre zurück zu den Gedanken, mit denen ich meinen Vortrag begonnen habe. Ich glaube, daß niemand daran zweifeln kann, wie wir unsere Verantwortung für Deutschland bei unserer Politik heute und morgen auffassen: Wir wollen das ganze Deutschland,

und wir wollen es als ein Glied größerer überwölbender Gemeinschaften. Ein gleichberechtigtes Glied selbstverständlich — Zusammenarbeit und Freundschaft sind für uns nur auf dieser Basis möglich. Das gilt im Blick nach draußen.

Und nun nach innen: Wenn wir Verantwortung für Deutschland sagen, dann macht uns das bewußt, daß zunächst einmal Deutschland Gegenstand aller unserer unmittelbaren, intensiven, dauernden Bemühungen und Anstrengungen ist. Das ist der Boden, auf dem wir stehen und leben und arbeiten — das gilt wörtlich und ebenso in übertragenem Sinne. Hier muß sich unser Können und unser Wollen bewähren. Nach dem Gesicht, daß dieses unser Land zeigt, wird man uns beurteilen. Seien wir uns dessen immer bewußt!

Und zeigen wir der heranwachsenden Generation, wie dieses Land und sein Gesicht gestaltet werden sollen und gestaltet werden können! Und machen wir ihr klar, daß das eine großartige Aufgabe ist — eine Aufgabe, für die jeder von uns verantwortlich ist, eine Aufgabe für uns alle!

Der Vielvölkerstaat der österreichisch-ungarischen Donaumonarchie wurde im Ersten Weltkrieg zerschlagen und in seine nationalen Bestandteile aufgelöst. War das Scheitern dieses im neuzeitlichen Europa einzigartigen Experimentes einer übernationalen Großmacht unvermeidlich? Es wäre allzu einfach, wenn man sich mit dem rückschauenden Urteil begnügen würde, der Ausgang habe eben gezeigt, daß die Sprengkraft der Nationsidee stärker war als die Bindekraft der übergreifenden Ordnung. Warum sollten eigentlich die naturgegebenen Unterschiede von Sprache, Sitte, Volkstum ein geordnetes Miteinanderleben schwerer belasten als etwa die Verschiedenheiten religiöser Bekenntnisse, die die personale Existenz in tieferer Weise zu prägen vermögen? Hatten nicht die Völker Europas auf dem Höhepunkt der Religionskämpfe im 16. und 17. Jahrhundert einmal gemeint, daß es unmöglich sei, auf die Dauer mehrere Formen des Christentums im gleichen Staat zu beherbergen, obwohl sich dann zeigen sollte, daß der moderne Staat eben in der Toleranzidee seine eigentümliche Rechtfertigung und Stärke fand? Jedenfalls war es, was das Schicksal der Donaumonarchie anlangte, vor der Katastrophe des Ersten Weltkrieges eine noch durchaus offene Frage, die viele der besten Geister beschäftigt hat, ob es nicht gelingen könnte, dem unvermeidlichen und legitimen Willen nach Selbstbestimmung der Völker Österreichs im Rahmen einer übernationalen Staatsidee Genüge zu tun. Der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand wurde an jenem verhängnisvollen 28. Juni 1914 in Serajewo nicht zuletzt deswegen von großserbischen Nationalisten ermordet und durch diese Schüsse ein Weltkrieg ausgelöst, weil sich an seine Person die Chance einer inneren Erneuerung des Vielvölkerstaates knüpfte, in dem auch die nationalstolzen Kroaten und Slowenen vielleicht ihr Genüge gefunden hätten.

Der kleindeutsche Nationalstaat

Der kleindeutsche Nationalstaat überlebte die Niederlage des Ersten Weltkrieges mit einigen bitteren Grenzverlusten, aber in seiner Substanz ungeschmälert. Die Umrisse, wie sie dem deutschen Reich im Frieden von Versailles gesetzt wurden, erscheinen uns gegenwärtig unter dem Begriff der „Grenzen vor 1937“ als ein Maximum denkbarer nationaler Zielsetzung. Damals wurden sie als unerträglich empfunden. Denn mit der Bildung einer ganzen Reihe neuer Nationalstaaten auf den Trümmern der Donaumonarchie, des zaristischen Rußlands und der osmanischen Türkei waren die Probleme, die der Nationalismus stellte, keineswegs gelöst. Nicht nur die deutsche Revisionsforderung im Hinblick auf den Korridor und auf Oberschlesien erfüllte die neugeschaffenen osteuropäischen Verhältnisse mit ungelöster Spannung; Polen stand unter sowjetisch-deutschem Doppeldruck; zwischen Polen und Litauen war die umstrittene Wilna-Frage; die Bildung der neuen Nationalstaaten hatte die vielfach verzahnte Gemengelage der Sprachen und Völker im ost- und südosteuropäischen Raum nicht beseitigen können; die Frage nach dem Rechtsstatus der Minderheiten in den neuen Staaten stellte sich; Ungarn und Bulgarien waren mit der neuen territorialen Regelung ebenso wenig einverstanden wie die Deutschen; und schließlich ergab sich als spezifisch deutsches Problem die Frage nach dem Schicksal der Deutsch-Österreicher. Die österreichische Nationalversammlung hatte

sich bekanntlich im November 1918 einstimmig für Anschluß an das Reich entschieden. Einen Augenblick lang schien es, als sollte den geschlagenen Deutschen durch die Niederlage zufallen, was die Männer der Paulskirche 1848 durch die Revolution vergeblich erstrebt hatten. Die deutsche Vereinigung zwischen der Weimarer Republik und dem restlichen Österreich wurde durch die Friedensverträge verwehrt. Dieses Veto der Siegermächte findet seine Erklärung in der verständlichen Überlegung, daß der Anschluß Österreichs der erste Schritt sein würde für eine deutsche Hegemonie in Mitteleuropa. Ebenso verständlich aber ist die Erbitterung, die sich im deutschen Volke wegen dieser und anderer diskriminierender Bestimmungen des Versailler Vertrages gegen die gesamte Neuordnung der europäischen Verhältnisse richtete. Dieses Europa nach dem Ersten Weltkrieg war erfüllt von brodelndem Nationalismus und revolutionären Bewegungen. Seine wirtschaftlichen Probleme, die sich mit Entstehung von 20 000 km neuer Staatsgrenzen und durch wirtschaftliche Autarkiebestrebungen in all den neuen und manchen der alten Staaten ergaben, schrien nach einer Gesamtregelung. Von dem Augenblick an, wo mit der österreichisch-ungarischen Monarchie das letzte in der vernationalen Geschichtszeit verwurzelte übernationale Staatengebilde sich auflöste, stellte sich mit Notwendigkeit für das vom Nationalprinzip her staatlich neugegliederte Europa die Aufgabe, zu neuen Formen zwischen- oder überstaatlicher Bindungen zu gelangen. Solchen Versuchen ist ein Erfolg versagt geblieben mit dem Ergebnis, daß im Zweiten Weltkrieg mit der Unabhängigkeit der ostmitteleuropäischen Staatenwelt auch die Einheit des deutschen Nationalstaats verloren ging. Die Anläufe in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, über einen sich selbst-genügenden und im Endergebnis selbstzerstörerischen Nationalismus hinauszugelangen, sind dennoch von höchster Bedeutung nicht nur für den historischen Sinn, der sich in die Erscheinungen der Vergangenheit um ihrer selbst willen versenkt, sondern auch für die politische Besinnung auf die sich heute für uns stellenden Aufgaben. Gewiß lassen sich aus der Geschichte niemals Regeln ableiten für das, was hier und jetzt zu geschehen hat. Aber wir werden beobachten, daß einiges von dem, was damals gewollt und gedacht wurde, erst in unserer Zeit zur Auswirkung gelangt ist, und daß gerade in der Herausarbeitung von der damaligen grundlegend unterscheidet, die Freiheit gefunden werden kann für einen von der Geschichte unbelasteten, unbefangenen Umgang mit der Frage nach unseren Möglichkeiten heute. Ich möchte also meinen Beitrag zu dieser politischen Tagung als Historiker geben, indem ich Sie bitte, für eine Weile von der unmittelbar drängenden Gegenwart abzusehen und sich mit mir hineinzudenken in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, um von dort zurückzukehren zu den uns heute aufgegebenen Fragen.

Der Völkerbund

Für die enge Wechselwirkung des nationalen und übernationalen Gedankens ist es kennzeichnend, daß von dem amerikanischen Präsidenten Wilson Autonomie und Selbstbestimmungsrecht gleichzeitig mit der Idee eines Völkerbundes als Prinzipien für die Neuordnung der Nachkriegswelt verkündet wurden. Die Völkerbunds-

idee war dem Deutschen nicht fremd. Sie hatte ihre Wurzeln in der Philosophie der europäischen Aufklärung, und ich meine, daß sie ihre eindrucksvollste und realistischste Formulierung in der Schrift Immanuel Kants „Zum ewigen Frieden“ gefunden hatte. Es war also eine in den ehrwürdigsten Deutschen Denküberlieferungen begründete Idee, die uns jetzt über den Ozean zurückgebracht wurde. Aber ihre Ausgestaltung verfiel auf der Pariser Friedenskonferenz dem unvermeidlichen Interessenkampf der Mächte. Der Völkerbund, wie er dann

Vormessianisch sind wir schicksalsmäßig getrennt. Da ist der Jude für den Christen unverständlich als der Verstockte, der nicht sehen will, was sich begeben hat, unverständlich der Christ dem Juden als der Verwegene, der in der unerlösten Welt ihre vollzogene Erlösung behauptet. Das ist eine von keiner Menschenmacht überbrückbare Spaltung. Aber sie verwehrt nicht das gemeinsame Ausschauen in eine von Gott her kommende Einheit, die, all eure und unsre Vorstellbarkeit überfliegend, das Eure und das Unsre bestätigt und verwirft, verwirft und bestätigt, und alle Glaubenswahrheiten der Erde durch die Seelenwahrheit des Himmels ersetzt, die Eine ist . . .

Martin Buber,
Kampf um Israel, Berlin 1933

in Genf Gestalt gewann, war in der Tat weit davon entfernt, ein effektives Instrument der Friedenssicherung zu sein. Die Bedeutung, die er gehabt hat, soll damit nicht unterschätzt werden. Vor allem Stresemann wußte die Möglichkeiten zu schätzen, die sich hier für den Rechtsschutz der Minderheiten boten. Das ungelöste Grundproblem dieser Völkerliga bestand freilich darin, ob sie — wie es Frankreich wollte — ein Instrument sein sollte zur Aufrechterhaltung des in Versailles geschaffenen Status quo, oder ob — wie nicht nur Deutschland allein es wünschte — eine nicht nur formale, sondern auch reale Möglichkeit zur Revision offengehalten werden konnte. Es kam daher für die Konsolidierung eines neu geordneten Europas im Grunde auf das deutsch-französische Verhältnis an. Das war der Kern des Problems. Von der Lösung, die hier gefunden wurde, hing im Endergebnis auch die Gestaltung der osteuropäischen Verhältnisse ab.

Hier steht in der Erinnerung unseres Volkes der Name Stresemann. Es soll hier nicht die Locarno-Politik im einzelnen geschildert werden, die Hoffnungen, die sie mit ihr verbanden, die Gegenkräfte, die diese Hoffnungen nicht zur Erfüllung kommen ließen. Das Überzeugende an der Persönlichkeit Stresemanns ist der realpolitische Sinn, der ihn die Möglichkeiten Deutschlands wirklichkeitsgerecht einschätzen ließ. Während des Weltkrieges waren er wie auf der anderen Seite sein Freund und Gegenspieler Briand ausgesprochene Annexionspolitiker gewesen. Jetzt handelten sie beide aus der Überzeugung, daß Deutschland und Frankreich nur gedeihen konnten, wenn sie sich verständigten. Das Mittel dieses

Versuchs einer Verständigungspolitik von Nation zu Nation waren zwischenstaatliche Verträge über Grenzgarantien und Schiedsgerichtsverfahren. Sie erwiesen sich nicht als widerstandsfähig genug, um später den Stürmen eines in neuer Wildheit entstehenden Nationalismus standzuhalten.

Waren überhaupt in der damaligen Zeit zwischen Deutschland und Frankreich festere Verklammerungen möglich als in solchen Verträgen von Staat zu Staat? Daß sie jedenfalls denkbar waren, möchte ich an Plänen und Bestrebungen aufzeigen, von denen sich die ersten mit dem Namen des damaligen Kölner Oberbürgermeisters, die zweiten mit dem von Briand im Jahre 1929 lancierten Europaплан verbinden.

Der Zugang zu den staatlichen und kommunalen Archiven der damaligen Zeit sowie zu mancherlei Nachlässen der handelnden Hauptpersonen erlauben es heute, ein aktenmäßig begründetes Bild jener Periode zu zeichnen. Ich möchte in kurzen Zügen über das Ergebnis von Studien berichten, die ich demnächst ausführlicher vorzulegen gedenke.

Deutschland im Jahre 1923

Versetzen wir uns für einen Augenblick in die Situation, wie sie in Deutschland im Jahre 1923 nach dem Abbruch des passiven Widerstandes an der Ruhr gegeben war. Die Franzosen hatten das Ruhrgebiet besetzt, um ein produktives Pfand für die Zahlung der Reparationen in die Hand zu bekommen. Daneben spielt eine andere Motivation eine entscheidende Rolle, nämlich der Wunsch, in der jetzt geschaffenen Zwangs- und Notlage Deutschlands im Interesse der französischen Sicherheit am Rhein für ständig Fuß zu fassen. Wenn wir uns im Zusammenhang unserer Überlegungen heute an diese dunklen Zeiten zurückerinnern, so geschieht dies nicht, um alten Groll zu erneuern, sondern im Gegenteil, um zu zeigen, welche Gedanken gefaßt werden konnten, um die für Europa so zerstörerische deutsch-französische Feindschaft zu überwinden. Die Lage Deutschlands im Herbst 1923 war verzweifelt. Nach dem Abbruch des passiven Widerstandes wuchs die Arbeitslosigkeit erst recht ins Unermeßliche, die Mark versank ins Bodenlose, eine Zollgrenze trennte das besetzte vom unbesetzten Deutschland. In Thüringen und Sachsen waren die Kommunisten an der Regierung beteiligt, in München putschten Hitler und Ludendorff, in der Pfalz und in vielen rheinischen Städten gelangte eine separatistische Bewegung zum Zuge. Bei alledem weigerte sich die französische Regierung, mit der Reichsregierung überhaupt nur zu reden. Der Abbruch des passiven Widerstandes schien in seinen Auswirkungen einer bedingungslosen Kapitulation gleichzukommen und der Verlust des Rheinlandes unvermeidlich. In Berlin herrschte bei den Männern des Kabinetts zeitweise tiefster Pessimismus. Die einen meinten, es bliebe nichts anderes übrig, als das Rheinland sich selbst zu überlassen, die Reichsregierung solle erklären, daß sie den Versailler Vertrag für suspendiert erachte und die Verantwortung für die rheinische Bevölkerung bei den Franzosen liege. Diese Meinung wurde vor allem vertreten von dem Duisburger Oberbürgermeister und späteren Innenminister Jarres. Er hoffte, daß, wenn erst auf diese Weise die Verantwor-

tion vor der Welt festgelegt sei, später das Rheinland zu Deutschland zurückkehren werde. Ohne so weit gehen zu wollen, erklärte der Reichsfinanzminister Luther, daß die Regierung ihre Zahlungen in das arbeitslose Rheinland, dieses Faß ohne Boden, einstellen müsse, wenn nicht die neue Währung der Rentenmark, die man schaffen wollte, ebenso wie die Reichsmark in den Strudel der Inflation hineingezogen werden sollte. Selbst Stresemann war in einem bestimmten Augenblick laut Aussage der Kabinettsprotokolle so weit, daß er meinte, es bleibe nichts anderes übrig, als „in Liebe scheiden“. Er und das Kabinett dachten daran, die Rheinländer zu bevollmächtigen, sich in unmittelbarer Weise mit den Franzosen zu arrangieren und bestimmte Verwaltungs- und Gesetzgebungsbefugnisse zu übernehmen, die weit über die Kompetenzen einer deutschen Landesregierung hinausgingen. Die Führer des politischen und wirtschaftlichen Lebens im Rheinland haben sich allen Methoden des Versackenlassens mit Vehemenz widersetzt, unter ihnen maßgeblich der Kölner Oberbürgermeister. Er hielt es für eine gefährliche Illusion zu glauben, daß ein sich selbst überlassenes Rheinland beim Reiche gehalten werden könnte. Er war von der Sorge erfüllt, daß auf rheinischem Boden eine Art von neuem Elsaß entstehen könnte. Die deutsch-französischen Beziehungen würden dann vollends unheilbar belastet sein. Er strebte stattdessen an, was man eine „staatsrechtliche Lösung“ nannte, d. h. eine deutsch-französische Vereinbarung über das Schicksal von Rhein und Ruhr, deren Sinn darin bestehen sollte, in der Zerstrittenheit der Gegenwart für die beiden Völker und Staaten die reale Chance für eine dauernde Versöhnung zu schaffen. Mit vollem Wissen der Reichsregierung sind solche Verhandlungen geführt worden. Aus ihrem wechselvollen Verlauf, der heute genau verfolgt werden kann, hebt sich der Moment heraus, wo Tirard, der französische Vorsitzende der interalliierten Rheinlandkommission, dem Kölner Oberbürgermeister einen schriftlich fixierten Plan über das Schicksal der Rheinlande vorlegt, den dieser aber rundweg verwirft, um ihn mit einem eigenen schriftlichen Gegenvorschlag zu beantworten. Den Inhalt des Vorschlages, wie ihn Tirard machte, kann man auf den Nenner bringen, daß er im Interesse der französischen Sicherheit einen Pufferstaat schaffen wollte, d. h. ein Gebilde, das nur noch in lockerer Beziehung zum Reich stehen würde. In sich selbst sollte die Rheinische Republik eine Konföderation aus mehreren kleinen Staaten darstellen. Jeder dieser Zwergstaaten würde im Reichsrat, aber nicht im Reichstag vertreten sein. Keine Volksvertreter also, sondern nur Regierungsvertreter sollten die lockere Klammer mit dem Reiche darstellen. Dieser rheinischen Konföderation waren eigene diplomatische Vertreter im Ausland zgedacht, vor allen Dingen bei den Besatzungsmächten, ferner uneingeschränkte Gesetzgebungsbefugnis und eine eigene Währung.

Die Haltung Adenauers

Wenn der Kölner Oberbürgermeister diesen Vorschlag verwarf, so geschah dies allerdings nicht, weil er das Verlangen Frankreichs nach Sicherheit nicht ernst genommen hätte. Er stellte es als einen nun einmal gegebenen, zu Recht oder zu Unrecht bestehenden politisch-psychologischen Faktor, mit dem man rechnen mußte, in seine Beurteilung der Situation, erklärte aber Tirard gegen-

über, daß die Schaffung eines Pufferstaates einem solchen Zweck gerade nicht diene. Deutschland würde den Verlust des Rheinlandes niemals verschmerzen. Dem Zweck der Friedenssicherung diene besser ein westdeutscher Bundesstaat im Rahmen des Reiches. Dieser rheinische Staat müsse genau die gleichen Rechte und Pflichten wie jedes andere deutsche Land haben. Wenn er ausländischem Einfluß unterstellt werde, werde seine Bedeutung für die äußere und innere Politik Deutschlands abnehmen. Die Aufgabe des westdeutschen Staates, der Sinn seiner Gründung bestehe aber gerade darin, die Politik des Reiches im Sinne der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich zu beeinflussen. Dazu brauche der westdeutsche Staat ein genügend großes politisches und wirtschaftliches Gewicht. Deswegen sei es falsch, im Westen nur eine lockere Konföderation verschiedener Rheinstaaten bilden zu wollen. Daß tatsächlich ein solcher kräftiger westdeutscher Staat, der mit allen Rechten und Pflichten zum Reich gehörte, die deutsche Politik im Sinne einer dauernden Aussöhnung mit Frankreich beeinflussen würde, wird in zwei Überlegungen begründet: Die Rheinländer wüßten, daß bei einem zukünftigen Kriege Westdeutschland Kriegsschauplatz sein würde, und gewichtiger das wirtschaftliche Argument: „Es kommt hinzu, daß die rheinisch-westfälische, die lothringische und luxemburgische Industrie als ein einheitlicher wirtschaftlicher Organismus seiner Zeit geschaffen und gewachsen sind. Wenn es gelänge — und das ist durchaus möglich —, durch eine gegenseitige Verflechtung dieser Industrien gemeinsame wirtschaftliche Interessen zwischen der Bevölkerung des Bundes-

Idealistische törichte Politik handelt, als ob der Zustand schon wirklich sei, der als Ziel vor Augen liegt. Realistische törichte Politik handelt, als ob jener bessere Zustand der neuen Politik nie eintreten könne. Beide sind unverantwortlich. Der Weg der Verantwortung ist, jeden Ansatz zu fördern, jeden Keim wachsen zu lassen, jeden guten Antrieb zum eigenen zu machen, im Realen der Gegenwart schon die Möglichkeit der Zukunft mit wahrzunehmen und im Rahmen der gegenwärtigen Realitäten schon auf sie hin zu denken und zu handeln. Dieser Weg ist nicht der mittlere zwischen zwei Extremen, sondern der höhere über dem Verfallen an die beiden Blindheiten, die man Idealismus und Realismus nennt.

Karl Jaspers, *Die Atombombe und die Zukunft des Menschen*, München 1958

staates und Frankreich zu schaffen, so würde dieser Bundesstaat seinen Einfluß in Deutschland noch stärker im Sinne einer friedlichen Zusammenarbeit mit Frankreich ausüben, und der Frieden würde dadurch um so mehr gefestigt werden“.

Hinter der wirtschaftlichen Konzeption dieses Planes standen gewichtige Namen der rheinischen Industrie, wie Stinnes, Vögler, Silberberg u. a. Um die Reparationsfrage zwischen Deutschland und Frankreich aus der Welt zu schaffen, ist damals ein Vorschlag entwickelt worden, der folgendes vorsah: Zur Ablösung der Repa-

rationen wird an Frankreich ein solcher Anteil an den deutschen Kohlengruben übereignet, wie er dem Vorkriegsbedarf der französischen Stahlindustrie in Lothringen entspricht. Der darüber hinausgehende französische Bedarf deutscher Kohle sowie der deutsche Bedarf an französischen Erzen wird durch langfristige Lieferverträge gedeckt. Zur Interessenverbindung der deutschen, französischen, luxemburgischen und belgischen Industrie wird ein weitgehender Aktientausch angeregt. Was hier erstrebt wurde, war also eine Realverklammerung zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn durch wirtschaftliche Interessen, um dem erstrebten politischen Ausgleich das notwendige Fundament zu geben. Dieses Ineinanderwachsen des deutschen Wirtschaftslebens mit dem seiner westlichen Nachbarn sollte unter Umständen eine zusätzliche Festigung erhalten, dadurch, daß man diese politisch-wirtschaftliche Regelung unter internationale Garantie stellte.

Kühne weitschauende Gedanken, für die die Zeit damals noch nicht reif war, weder in Paris noch in Berlin. Ihre Verwirklichung hätte in der Tat bedeutet, daß sich die beiden Staaten über eine ausschließlich nationale Konzeption hinausgehend dem Gedanken geöffnet hätten, daß es dem Interesse der beiden Völker diene, wenn durch einen Prozeß des wirtschaftlichen Ineinanderwachsens die Schaffung einer größeren Einheit eingeleitet werde. Die drängenden Probleme des Tages fanden zudem durch den Zusammenbruch der Separatistenbewegung und den Sturz Poincarés, durch das Veto Englands gegen die Bildung autonomer Rheinlandstaaten und die amerikanische Hilfestellung bei einer Neuregelung der Reparationen im Dawesplan eine andere Lösung. Was damals noch ein unzeitgemäßes Denken in Vorstellungen war, die über das sich selbst genügende nationalstaatliche Konzept hinausdeuteten, ist nach dem Zweiten Weltkriege in abgewandelter Form zur Grundlage der wirtschaftlichen Einigung Westeuropas geworden. Es ist heute die Überzeugung aller Einsichtigen, daß von der Verwirklichung auch der politischen Konsequenzen aus diesem wirtschaftlichen Verschmelzungsprozeß in Westeuropa das endgültige Schicksal der europäischen Nationen als einer Gesamtheit abhängt. Für uns Deutsche aber scheint mir der Hinweis auf jene in einer Zeit nationalistischer Hochspannung aus ebenso patriotischer wie europäischer Gesinnung entsprungenen Gedanken ein Element der Kontinuität in unserem Staatsdenken aufzuzeigen, dessen wir uns angesichts all der Schwankungen, Unsicherheiten und Umbrüche unserer jüngsten Geschichte gerne versichert halten.

Der Plan Briands

Das deutsch-französische Verhältnis stellt das Schlüsselproblem dar auch in jener zweiten Episode aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, dem wir uns nun zuwenden wollen, dem von Briand vorgeschlagenen Plan einer Föderierung Europas. Nachdem der französische Ministerpräsident Herriot schon im Jahre 1925 das Wort von den vereinigten Staaten Europas in der Kammer hatte fallen lassen, griff Briand diesen Gedanken im Sommer 1929 im Gespräch mit Stresemann auf, um ihn Ende dieses Jahres in der Völkerbundsversammlung vorzutragen. Es war das erste Mal, daß die Idee einer organisierten Vereinigung Europas überhaupt aus dem

Bereich philosophischer und politischer Spekulation als Vorschlag eines bedeutenden Staatsmannes in politische Aktivität umgesetzt wurde. Briand dachte an eine lockere Föderation Europas im Rahmen des Völkerbunds. Das primäre Betätigungsfeld dieses Staatenzusammenschlusses sollte auf wirtschaftlichem Gebiet liegen. Damals machten sich in Europa die ersten Anzeichen der herannahenden Weltwirtschaftskrise mit sinkender Produktion und wachsenden Arbeitslosenzahlen auch in Deutschland bemerkbar. Gegenüber den Präferenz- und Schutzzollmaßnahmen der großen überseeischen Wirtschaftsgebilde wie des britischen Reiches und der Vereinigten Staaten schien eine zoll- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der europäischen Staaten auf einer festen politischen Grundlage wünschenswert. Natürlich dachte Briand als nationaler französischer Staatsmann auch daran, daß eine so organisierte politisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit Europa auf dem Status, wie er durch die Pariser Verträge 1919 geschaffen war, konsolidieren werde. Weil dies einer der strittigen Punkte zwischen Deutschland und Frankreich war und Deutschland sich keineswegs um eines föderierten Europa willen darauf einlassen wollte, seine Revisionsansprüche im Osten fallenzulassen, hat Briand ausdrücklich versichert, daß er auf einem solchen Gedanken nicht bestehe. In der Sprache der Zeit: Er verzichtete auf ein Ostlocarno. Dennoch hat Deutschland den Plan in höflich verklausulierter Form abgelehnt. Das gleiche tat England. Damit war die Idee Briands praktisch zu Fall gebracht. Was in dem deutsch-französisch-britischen Dreiecksverhältnis geschieht, ist das für Westeuropa Ausschlaggebende. Warum haben Großbritannien und Deutschland so negativ geantwortet? Mit einer ablehnenden Haltung Großbritanniens hatte Briand, wie aus den Berichten des damaligen deutschen Botschafters in Paris hervorgeht, im Grunde gerechnet. Man mußte in Betracht ziehen, daß England als europäische Macht zugleich Rücksicht zu nehmen hatte auf seine Commonwealthverbindungen. Als den Kern der Europafrage bezeichnete Briand daher das deutsch-französische Verhältnis. Mit Deutschlands Ja oder Nein stand oder fiel dieser Plan. Es verlohnt sich, aus den deutschen Akten sich das Motivationsgeflecht zu veranschaulichen, aus dem heraus der Reichskanzler Brüning und sein Außenminister Curtius das Projekt zu Fall brachten. Zu berücksichtigen ist hier zunächst, daß damals in Deutschlands nach der relativen Beruhigung der Locarno-Periode und nach dem Tode Stresemanns eine erste Welle des hochgehenden Nationalismus durch das deutsche Volk ging. Die Zeit tendenz in Deutschland war dem Gedanken europäischer Solidarität konträr. Die Regierung wollte auch den leinsten Anschein vermeiden, als wäre sie bereit, um Europas willen auf die Revision der Ostgrenzen zu verzichten. Diese Prioritätsentscheidung war eindeutig. Es hat freilich vereinzelte Stimmen gegeben, die umgekehrter Meinung waren, daß eine solche Föderation überhaupt erst die Voraussetzung wäre dafür, eventuell eines Tages eine Revision auf friedlichem Wege zu erreichen. Sehr stark fiel die Orientierung über die Haltung der anderen europäischen Großmächte ins Gewicht. Der englische Botschafter ließ in Berlin sehr früh und sehr deutlich erkennen, welche starken Vorbehalte die britische Regierung hatte. Deutschland wollte sich unter

keinen Umständen in einer europäischen Föderation Frankreich alleine gegenübersehen. Dies war wahrscheinlich eine Fehlkalkulation. Denn längst hatte England die Zeit seiner „glänzenden Isolierung“ des 19. Jahrhunderts, das Nichtengagiertsein auf dem Kontinent, hinter sich gelassen. In den Locarno-Verträgen hatte es weitreichende militärische Garantieverpflichtungen in Europa übernommen, während die Staaten des Commonwealth abseits standen. Die Erfahrung zeigt, daß, je stärker sich der europäische Kontinent anschiebt, Wege der Vereinigung zu suchen, um so stärker England in eigenem politischen und wirtschaftlichen Interesse gehalten ist, in diesen Prozeß einzusteigen. Wenn Deutschland damals auf das zur Föderierung bereite Frankreich eingegangen wäre, so hätte die Chance, wenn nicht die Wahrscheinlichkeit bestanden, daß auch England seine negative Einstellung zum Europaplan Briands früher oder später revidiert hätte. Auch das gute Verhältnis zu den Vereinigten Staaten war zu bedenken. Deutschland war auf die amerikanischen Kredite angewiesen. Würde nicht ein europäischer Zollzusammenschluß unvermeidlich zu Konflikten mit den Vereinigten Staaten führen müssen? Darauf hatte schon Stresemann in seinen Verhandlungen mit Briand hingewiesen. Es gab da eindeutige offizielle Erklärungen von französischer Seite, daß in dem französischen Europavorschlag kein Antiamerikanismus mitschwinge, aber man wußte in Berlin, daß Briand von solchen Empfindungen durchaus nicht frei war. Hatte er doch in dem ersten Gespräch mit Stresemann über den Europaplan gemeint, den Amerikanern müsse „das Gefühl genommen werden . . ., daß sie die absoluten Herrscher in der Welt seien“. Aber das waren doch mehr Überlegungen und Empfindungen am Rande. Der Kern des Problems lag woanders, nämlich in der spezifisch nationalen Frage nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten Österreich und Deutschland, damals Anschluß genannt, und dem Verhältnis Deutschlands zur Sowjetunion.

Die deutsch-österreichische Zollunion

Während noch der Europaplan bei den europäischen Regierungen zur Diskussion anstand, taten Deutschland und Österreich ihren Entschluß kund, eine Zollunion zu bilden. Das wurde nicht nur in Frankreich als Auftakt zum beabsichtigten Anschluß gewertet, und als ein Versuch, in Wiederaufnahme der Ideen Friedrich Naumanns den Mitteleuropagedanken neu zu beleben, d. h., eine Gruppierung der südöstlichen und östlichen Nachbarn Deutschlands um das Reich als Mittelpunkt. In der Tat begegnet man in den deutschen Akten wiederholt dem Begriff „Mitteleuropa“. Zwar hieß es in der deutsch-österreichischen Zollvereinbarung, daß der Zusammenschluß allen anderen europäischen Staaten offenstehen sollte. Aber der deutsche Außenminister war der Meinung, daß es zu einer Zollunion mit ganz Europa niemals kommen werde. Er hielt aber die deutsch-österreichische Zollverbindung für einen möglichen Ausgangspunkt zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen osteuropäischen Staaten. Die Richtung, in die sich die Gedanken in Berlin und Wien bewegten, deuteten die „Wiener Neuesten Nachrichten“ an, wenn sie schrieben, daß die „Linie Berlin-Wien zur natürlichen Basis des Wiederaufbaues für ganz Europa werden könne“. In der harten Wirklichkeit schlossen Briands

Europakonzeption und die Anschluß- und Mitteleuropa-Idee einander aus. Briands Rat an Österreich lautete, „daß es sich nicht mit Deutschland, sondern mit Europa vereinigen solle“. Deutschland wählte im Alleingang die Zollunion mit Österreich und verspielte, wie bekannt, beides, sowohl den deutschen wie den europäischen Zusammenschluß.

Die Bedeutung der Sowjetunion

In allen seinen Vorbehalten gegenüber dem Briand-Plan wurde Deutschland durch die Sowjetunion bestärkt. Die sowjetische Politik versuchte das Reich stärker, als dieses selbst es wagte, auf den Weg der Revision von Versailles zu drängen. Die innere Spaltung der bürgerlichen Welt ist seit Lenin ein Fundamentalprinzip der sowje-

Wer sich Gott ganz anvertraut, kann sich selbst nicht mehr wichtig vorkommen. Er wird seine Stimmungen los, und er wird seine Meinungen los. Er wird frei von Haß und Vorurteil und wird frei von Ideologie. Das heißt, er gewinnt eine Haltung, in der er unbefangen dem politischen Gegner und dem politischen Freund gegenüber treten kann. Der betende Mensch kann eine Atmosphäre schaffen, in der auch politisch etwas Neues werden kann. Das bedeutet aber zugleich auch eine Wirkung auf den Gegner. Wenn wir es rein faktisch ausdrücken: es gibt einen Überraschungserfolg . . . nur derjenige Christ ist in der Politik glaubwürdig, dem man anspricht, daß er fähig ist, für Freunde und Feinde — auf beides kommt es an — Fürbitte zu leisten.

O. H. v. d. Gablentz,

Der politische Auftrag der Kirche, 1964

tischen Außenpolitik. Man brauchte zudem die Unterstützung Deutschlands, für das, was man die Reduzierung Polens auf seine ethnographischen Grenzen nannte. Eine solche vierte Teilung Polens, die als Verlockung und Versuchung für die deutsche Außenpolitik in den diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion schon seit längerem auftauchte, würde ohne Zweifel durch die Verwirklichung der Briandschen Europaidee unmöglich gemacht worden sein. Daher erwartete die sowjetische Regierung von Deutschland ein striktes Nein zu Briands Vorschlag und hielt die schließliche deutsche Antwort für nicht deutlich genug in ihren Vorbehalten. Die Sowjetunion gehörte nicht zum Völkerbund und daher auch nicht zu den Adressaten des Europamemorandums. Gehörte es deshalb nicht zu Europa? War die Organisation Europas möglich unter Ausschluß der Sowjetunion? Hier standen sich die französische und die deutsche These damals schroff gegenüber. Deutschland verlangte, daß die Sowjetunion zu den verschiedenen Komitees, die jetzt in Genf die Möglichkeiten einer europäischen Zusammenarbeit weiter untersuchen sollten, hinzugezogen würde, und es hat sich mit diesem auch von Italien unterstützten Verlangen durchgesetzt. Briand hingegen war der Meinung, daß eine Einbeziehung Rußlands eine Einigung Europas von vornherein unmöglich ma-

chen würde. So lesen wir aus den Berichten des deutschen Botschafters Hoersch: „Was Rußland anlangte, so zeigte Briand sich ziemlich reserviert. Er sagte zwar, sein Grundsatz sei, daß Rußland zu allen nicht staatlichen Verhandlungen zugelassen werden solle, wenn es zur Mitarbeit bereit sei. Es schien mir aber, als ob Briand in ziemliche Verlegenheit gesetzt werden würde, wenn die Heranziehung Rußlands formal beantragt werden sollte“ (26. 6. 1930). Und später angesichts des deutschen Beharrens hierauf: „Er erklärte, er sei, wie er mir schon mehrfach gesagt habe, durchaus nicht grundsätzlich gegen Heranziehung solcher Staaten eingestellt. Wohl aber glaube er, daß der Augenblick hierfür erst

Es ist unmöglich, den Menschen von seinem Interesse zu separieren, und es ist unmöglich, die Regierung — gleichgültig, ob sie weltweit oder in nationalen Grenzen wirkt — vom Spiel der politischen Interessen zu isolieren. Solange es Regierungen gibt, wird ein Interesse oder eine Gruppe von Interessenten zu gegebener Zeit in ihr Übergewicht haben, zu anderer Zeit vielleicht eine andere Gruppe ...

Die optimale Leistung des „gerechten Staates“ besteht daher in der wechselnden und vernünftig ausgleichenden Berücksichtigung der im Volke vorhandenen relevanten Interessen.

Ludwig Freund, Politik und Ethik, Gütersloh 1961

gekommen sein würde, wenn das Europaprobem aus dem Stadium des Tastens heraus sei, mit anderen Worten, wenn der Europa-Ausschuß zu gewissen festen Beschlüssen gekommen sei. Er bitte uns, doch ernstlich zu erwägen, ob es wirklich von Vorteil sein würde, in der gegenwärtigen Periode des Suchens und Überlegens schon Sowjet-Rußland heranzuziehen, dessen Mitwirkung wohl kaum konstruktiv sein würde. Nachdem wir uns für Europa interessierten, muß doch auch uns daran liegen, möglichst etwas zustandezubringen und das werdende Gebilde tunlichst nicht zu gefährden“ (13. 1. 1931). Man wird hier an einen Grundsatz erinnert, den Immanuel Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ ausgesprochen hat, daß die Bildung eines dauernden Rechtsverhältnisses zwischen Völkern in Form einer Staatenliga zur Voraussetzung habe, ein gewisses Maß an Homogenität zwischen den inneren Rechtssystemen und Rechtsvorstellungen der zu föderierenden Nationen.

Frankreich und Deutschland 1930

Die Initiative Briands scheiterte. Die Verhandlungen in den Komitees verliefen sich ohne Resultat. Wahrhaftig nicht nur, aber auch wegen der Einbeziehung Rußlands. Die Konturen Europas waren also umstritten. Wenn nun aber schon keine Einigkeit darüber herrschte, wer hinzugezogen werden sollte oder nicht, und wenn also ein Plan für Europa insgesamt noch nicht reif war, konnte man dann nicht gleichsam von innen her beginnen und mit einer engeren Verbindung Deutschlands und Frankreichs einen Kern schaffen, von dem aus

Europa Schritt um Schritt zusammengeführt werden konnte? Und wenn im deutsch-französischen Verhältnis wegen der Revision von Versailles eine engere politische Verbindung nicht möglich war, konnte man dann nicht bei der Wirtschaft ansetzen? Wir erinnern uns der Vorschläge, die im Jahre 1923 von deutscher Seite aus gemacht worden sind, um im Bereiche der Wirtschaft eine engere Verklammerung Deutschlands und Frankreichs herbeizuführen. Jetzt bietet sich das umgekehrte Bild: In erstaunlich hohem Maße sind im Augenblick der beginnenden Weltwirtschaftskrise maßgebende Personen und Verbände des wirtschaftlichen Lebens in Frankreich bereit gewesen, mit Deutschland in eine dauernde wirtschaftliche Zusammenarbeit einzutreten. Der Gedanke hat seinen Niederschlag gefunden auch in der offiziellen französischen Politik gegenüber Deutschland. Man war damals in Frankreich weitgehend gewillt, mit Deutschland als dem entscheidenden Partner und dann auch mit den anderen europäischen Staaten nicht nur zollpolitische Vereinbarungen zu treffen bis hin zu der von manchen geforderten Zollunion, sondern auch durch Kartellierung mancher Wirtschaftszweige solche Querverbindungen zu stärken, wie sie schon in der Stahl- und Kali-Industrie bestanden. Höhepunkt dieser Bestrebungen in Frankreich war ein Mitte 1930 stattfindender glanzvoller Kongreß, den das französische Komitee für eine europäische Zollunion in den Tagungsräumen des Ministeriums des Äußeren veranstaltete. Ehrenpräsidenten waren Männer wie Briand, Herriot, Paul Boncour und Loucheur. Die Teilnehmer stellten einen Querschnitt dar durch alle maßgebenden französischen Wirtschaftsverbände. In Deutschland zeigten die Uhren anders. Vergeblich haben Europafreunde bei uns versucht, hier etwas Ähnliches ins Leben zu rufen. Es gab gewiß einige kleinere, miteinander rivalisierende Verbände, die das Wort Europa auf ihre Fahnen geschrieben hatten, aber ihnen fehlte die Durchschlagskraft in der Öffentlichkeit. Politik und Wirtschaft standen nicht mehr hinter ihnen.

Das Jahr 1930, das Jahr der ersten Diskussionen um den Briand-Plan war zugleich das Jahr der Agonie des Weimarer Parlamentarismus. Nach dem Tode Stresemanns (Oktober 1929) löste sich die große Koalition auf (März 1930). Der Reichstag schaltete sich selber aus, und die Zeit der Präsidialkabinette begann. Die Septemberwahlen 1930 mit dem ersten großen Einbruch der Nationalsozialisten in die deutsche Wählerschaft und das Volksbegehren gegen den Young-Plan mit der hier demonstrierten Zusammenarbeit zwischen dem bürgerlichen Nationalismus und der Hitlerbewegung waren der Auftakt zu einer politischen Entwicklung in Deutschland, in der die Idee internationaler Zusammenarbeit in der europäischen Form wie in der des Völkerbundes nicht mehr gedeihen konnte.

Damals und heute

Wenn man von der heutigen Situation aus auf jene Zeit nach dem ersten Weltkrieg zurückschaut, dann wird man sich, um voreilige Analogien zu vermeiden, das fundamental Unterscheidende des Damals und Heute vor Augen halten müssen. Der entscheidende Unterschied liegt darin, daß der Erste Weltkrieg unter Beseitigung der österreichisch-ungarischen Donaumonarchie das

System der europäischen Mächte, wenn auch in veränderter Form bestehen gelassen hatte. Das Deutsche Reich war immer noch eine Macht zwischen Mächten, zwischen Ost und West. In diesem System wurden damals die alten Spielregeln praktiziert, die in der Natur der Sache liegen: Das Werben um den Nachbarn des Nachbarn und die Absicherung des so Übersprungenen gegen ein Überspieltwerden durch Pflege der Beziehungen nach beiden Seiten. Rapollo und Locarno, die Absicherungen nach Osten und die Absicherungen nach Westen, sind die beiden Seiten der gleichen Medaille. Das war durchaus regelgemäß und ganz in den Vorstellungen des klassischen Systems ungebunden sich bewegender Nationalstaaten gedacht. Die Frage war schon damals, ob dieses System in dem kleiner werdenden Europa, das von den großen Flügelmächten der Sowjetunion und der USA überschattet zu werden drohte, noch zeitgemäß sei, oder ob nicht die Stunde einer Revision bestehender Denkgewohnheiten und einen festen Zusammenschluß der europäischen Staaten erforderte. In der Zeit, in der Briand sich kühn für eine europäische Einheit einsetzte, mochten noch verschiedene Antworten auf seine Fragen denkbar sein. Für Deutschland jedenfalls wurde die Ausgangslage infolge des zweiten Weltkriegs eine derart andere, daß die Entscheidung für Europa nun vorgezeichnet war. Die Zwischensituation zwischen Ost und West besteht nicht mehr für das uns gebliebene Fragment eines Nationalstaates, durch dessen Land und durch dessen Hauptstadt die Trennungslinie mitten hindurchschneidet. Der freie Teil Deutschlands weiß sich durch den Zwang der Dinge auf Gedeih und Verderb auf die Solidarität mit der westlichen Welt verwiesen. In den Trümmern des Reichs aus der Betäubung aufwachend, in die es ein hybrider Nationalismus hineingestoßen hatte, fand es im übernationalen Europagedanken ein Ziel, das sich lohnte. Es lohnte sich, weil hier die Möglichkeit des materiellen Aufstiegs gegeben war. Aber es steckte in dieser Hinwendung doch auch die befreiende Empfindung aus nationaler Verkrampfung erlöst zu sein zu einem europäischen Weltbürgertum. Die Nation als geistige Idee war unglaublich geworden, die Nation als staatliche Wirklichkeit zerbrochen. Aber wir haben inzwischen in unserem Umgang mit dem Problem einer politischen Gestaltwerdung Europas in manchmal bitterer Weise erfahren, wie sehr die Nationen immer noch die politische Grundgegebenheit unseres Erdteils sind und daß aus diesen Bausteinen Europa errichtet werden muß. Was aber ist die deutsche Nation? Selbst wenn wir vergessen sollten, daß wir uns nicht selbst entlassen können aus der Verantwortung für die Lösung dieses uns aufgegebenen nationalen Problems, dann werden wir auf dieser Verantwortung festgenagelt durch die Frage unserer Nachbarnationen, mit denen gemeinsam wir eine europäische Ordnung bilden möchten: „Was ist die Endvorstellung von dem Platz einer in ihrem gegenwärtigen Bestand wiedervereinigten deutschen Nation in einer europäischen Staatenordnung?“ Der Begriff der Nation ist definiert durch das politische und kulturelle Selbstbewußtsein eines seiner Stellung innegewordenen Volkes. Diese Aufgabe der nationalen Bewußtwerdung steht immer noch und wieder einmal vor uns. Das Geltendmachen von Ansprüchen ist nicht genug. Glaubwürdig sind sie erst, wenn sie erhoben

werden im Rahmen von Ordnungsvorstellungen, die die Chance haben, daß sie den Nachbarn akzeptabel sind. Erinnern wir uns noch einmal an das Jahr 1923: Das Überzeugende der damals von dem Kölner Oberbürgermeister entwickelten Vorstellungen liegt für mich darin, daß hier eine nationale Zielsetzung, die Bewahrung des Rheinlandes beim Reich, geltend gemacht wurde im Rahmen von Überlegungen, die auf eine dauerhafte Friedensordnung zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn überhaupt zielten. Diese Vorstellungen waren damals unzeitgemäß, sie haben nach vielen Jahren Frucht getragen. Wir stehen heute vor der Aufgabe, um der Nation willen konstruktive Vorstellungen einer auch für die östlichen Nachbarn annehmbaren Lösung der deutschen Frage zu entwerfen.

Was können wir tun?

Was können wir tun? Trotz der drängenden und quälenden Selbsterzürterung der politisch bewußten Deutschen, die sich um das erlösende Wort mühen, kann sich die Klärung der Ordnungsvorstellungen nur in einem Diskussionsprozeß vollziehen, zu dem vor allem auch das verantwortliche politische Gespräch mit den östlichen Nachbarn gehört. Es ist daher eine gute Nachricht, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu diesen Staaten näher zu rücken scheint. Wir werden dabei an der aus bitteren Erfahrungen der Zwischenkriegszeit erhärteten Überzeugung festhalten, daß die Voraussetzung für eine von Europa akzeptierte, mit dem Osten zu suchende Lösung der deutschen Frage in der engen Verbindung Frankreichs und Deutschlands als Element

Ich habe ... die Gerechtigkeit gewählt, um der Erde treu zu bleiben. Ich glaube weiterhin, daß diese Welt keinen höheren Sinn hat. Aber ich weiß, daß etwas in ihr einen Sinn hat, und das ist der Mensch, weil er das einzige Wesen ist, das einen zu haben verlangt. Diese Welt hat zum mindesten die Wahrheit des Menschen, und unsere Aufgabe ist es, ihr ihre Berechtigung zu geben gegen das Schicksal selbst. Und sie hat keine andere Berechtigung als den Menschen, und er ist es, den man retten muß, wenn man die Vorstellung retten will, die man sich vom Leben gemacht hat ... Was heißt: den Menschen retten? ... es heißt: ihn nicht verstümmeln, und es heißt: der Gerechtigkeit ihre Chancen geben, die er als einziger wahrnimmt.

Albert Camus, Lettres à un ami allemand, 1945

einer sich festigenden westeuropäischen Gesamtstruktur besteht. Es kommt hierbei — mit einem Wort Bismarcks, das er geschrieben hat im Hinblick auf das von ihm damals gelöste Problem der deutschen Einheit als einer europäischen Frage — darauf an, „das Vertrauen nicht nur der mindermächtigen europäischen Staaten, sondern auch der großen Mächte zu erwerben, daß die deutsche Politik, nachdem sie iniuria temporum, die Zersplitterung der Nation, gut gemacht hat, friedliebend und gerecht sein will“.

Leserbriefe

Junge Drohnen

Heft 5/1965

Sie haben in der letzten Nummer der Evangelischen Verantwortung den Leitartikel „Junge Drohnen“ von Günther Gillessen aus der FAZ kommentarlos abgedruckt, wie ich hoffe, in der Erwartung, ein Echo zu provozieren. Hier ist ein bescheidenes.

Ich habe an dem Studententag, auf den sich Gillessen bezieht, teilgenommen. Bei dessen Beurteilung muß beachtet werden, daß der Studententag zwar vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) ausgerichtet wird, aber jeder Student teilnehmen kann, so daß die Zusammensetzung nicht eine Repräsentation der gewählten Vertreter der Studentenschaften ist. Sie ist in der Regel zufällig, bei dem hier in Rede stehenden Studententag hatten allerdings die Befürworter des Studienhonorars (neuerdings auch Familien-unabhängige Förderung genannt) dafür gesorgt, daß ihre Freunde ein sehr großes Kontingent an Teilnehmern stellten. Diese haben (leider) Stil und Inhalt der Diskussionen nicht unwesentlich beeinflußt. Sie bildeten eine starke Minderheit in allen Arbeitsgruppen, so daß ihnen ein Minderheitenbericht zugestanden werden mußte.

Es ist aber unzulässig, die Forderungen dieser Minderheit der gesamten Studentenschaft oder gar dem VDS anzulasten. Der VDS-Vorsitzende hat sich mit diesen Forderungen keineswegs identifiziert, sie sind vielmehr ausdrücklich als Minderheitsvotum vorgetragen worden. Ich selbst bin aus Gründen, die man in dieser Zeitschrift wohl kaum näher darzulegen braucht, gegen die „Familienunabhängige Förderung“. Ich weiß aus meiner Arbeit in der Studentenschaft, daß die Mehrheit der Studierenden diese Forderung ebenfalls ablehnt. Die politischen Studentengruppen, die dahinter stehen, sind an unseren Hochschulen weder die mitgliedstärksten noch die einflußreichsten. Im übrigen hat am letzten Tag des Studententages der Bundesvorstand des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten, des mitgliedstärksten politischen Studentenverbandes in der BRD, sich in einer Presseerklärung gegen das Studienhonorar ausgesprochen. Die FAZ hat diese Presseerklärung, die ihr vor dem Gillessen-Artikel zugeing, weder gebracht noch erwähnt!

Es erscheint mir ferner unzulässig, mit den Forderungen dieser Minderheit alle anderen Forderungen der Studenten über einen Kamm zu scheren und vom Tisch zu wischen.

Es sind sich doch wohl inzwischen die zuständigen Wissenschaftler und die Kulturpolitiker aller Parteien einig darüber, daß die Anzahl der qualifiziert Gebildeten und Ausgebildeten in unserem Land erheblich angehoben werden muß — man lese z. B. die Protokolle des Referats von Kultusminister Prof. Hahn und der anschließenden Aussprache im Kulturpolitischen Arbeitskreis des Parteitag der CDU in Düsseldorf.

Es gibt verschiedene Wege zu diesem Ziel. Materielle Hilfen sind vielleicht nicht die wichtigsten Maßnahmen. Man wird

jedoch nicht darum herumkommen, hier auch erhebliche finanzielle Investitionen vorzunehmen. Auch der Studententag hat sich keineswegs nur mit materiellen Fragen befaßt; es scheint mir betrüblich und bezeichnend, daß die Öffentlichkeit sich mit den Gedanken des Studententages zu Fragen der Bildungswerbung und Reform des Schul- und Hochschulwesens kaum befaßt hat.

Um bei den finanziellen Dingen zu bleiben: Eine alle Ausbildungsgänge umfassende Regelung der Ausbildungsförderung auf — möglichst bundeseinheitlicher — gesetzlicher Grundlage scheint mir in der Tat notwendig. Über die Modalitäten wird man noch gründlich nachdenken müssen, aber das Wirrwarr der staatlichen Förderungen auf diesem Gebiet wird man ordnen müssen. Es gibt übrigens einen ausführlichen Referentenentwurf für ein Ausbildungsförderungsgesetz des Ministeriums für Familien- und Jugendfragen (15. 5. 1964), und es ist die CDU, die der SPD vorwirft, sie habe die weitere Arbeit an diesem Projekt dadurch verhindert, daß die Länder Hessen und Bremen dagegen mit Verfassungsklage gedroht hätten.

Auch eine Anhebung des Honnef-Richtsatzes, der z. Zt. DM 250,— monatlich beträgt, scheint mir gerechtfertigt. Es ist einfach nicht wahr, daß ein Student ohne Hilfe von zu Hause — und davon geht der Richtsatz aus — mit dieser Summe auskommen kann, geschweige denn sorgenfrei leben, wie Gillessen meint. Man denke nur daran, daß für die Bude allein durchschnittlich DM 75,— bis 80,— abgehen. Der VDS fordert übrigens keine Erhöhung auf DM 380,—, sondern auf DM 320,— monatlich. Auch diese Summe dürfte den Studenten kaum zu dem langandauernden *dolce vita* befähigen, das unsere wachsame Öffentlichkeit so gern bei ihm vermutet.

Man sollte sich mit diesen materiellen Fragen und dem dahinterstehenden gesellschaftspolitischen Problem sachlich auseinandersetzen. Ausfälle gegen Gruppenegoismus sind hier verfehlt; sie scheinen zwar heute zum guten Ton zu gehören, aber wohl nur im Rücken der Betroffenen, man vergleiche die zustimmenden und wohlwollenden Reden von Dufhues, Brandt und Bucher vor dem Studententag sowie die Grußworte der Parteien bei der Eröffnung. Mit Phrasen, wie der vom Wert eines Gutes, das sich nur dem erschließt, der dafür kämpfen muß — Gillessen bezeichnet diese Erkenntnis als eine, die jedermann einsehe — ist nichts geholfen; im übrigen hat eine Behauptung, von der so etwas gesagt wird, die Vermutung der Falschheit gegen sich.

Die Öffentlichkeit täte gut daran, auch Forderungen der Studentenschaft unvoreingenommen zu betrachten, selbst wenn diese einmal nicht im Gewande der kleidsamen Bescheidenheit einherkommen sollten, die nach herrschender Meinung der Jugend so wohl ansteht. Es ist doch wohl nicht diese Jugend, die es verursacht hat, daß heute bei uns solche bescheidenen Töne allzu leicht überhört werden. Stellungnahmen wie die von Gillessen — man kann derartiges heute überall hören — tragen wenigstens kaum dazu bei, in uns die Überzeugung zu stärken, daß Sachlichkeit in der Politik ein zweckmäßiges Mittel sei.

Christiane Müller-Lobeck, Marburg/Lahn